Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 18. Mittag-Ausgabe. Fünfundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 12. Januar 1864.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

24. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (11. Januar.)

Die Tribünen dicht gefüllt, eben so die Bänke im Sitzungssaale fast vollständig besetzt. Am Ministertische die Minister v. Bismarck, Graf Eulenburg, Graf Itzenplitz und v. Roon.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Unter den geschäftlichen Mittheilungen befindet sich die Anzeige, daß die Abgeordneten Dr. Wantrup und Romahn nach erfolgter Wiederwahl wiederum in das Haus eingetreten sind. — Der Abg. Frhr. v. d. Heydt hat folgenden, genügend unterstützten, Antrag gestellt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, dem anliegenden Entwurf eines Gesetzes über Abänderung, resp. Aufhebung der Artikel 78 und 85 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 seine Zustimmung zu ertheilen." Die Motive, welche diesem Antrage beigefügt sind, lauten: „Der Eintritt der Staatsbeamten in das Haus der Abgeordneten wider den Willen ihres Departementschefs ist unvereinbar mit der Handhabung einer geregelten, einheitlichen und starken Executive. Dem Geiste einer wahrhaft constitutionellen Verfassung entspricht eine freie und unabhängige, keine bezahlte Landesvertretung." — Der Gesetzentwurf lautet: „§ 1. Art. 78, Alinea 2 der Verfassungs-Urkunde wird dahin abgeändert: „Beamte bedürfen zum Eintritt in das Haus der Abgeordneten des Urlaubs ihres vorgesetzten Departementschefs. § 2 Art. 85 der Verfassungs-Urkunde ist aufgehoben."" (Große Heiterkeit und ironische Bravo's links.)

Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt das Haus, über den eben verlesenen Antrag die Schlußberathung im Plenum stattfinden zu lassen; zum Referenten ernennt der Präsident den Abg. Dr. Simson, zum Correferenten den Abg. Dr. Virchow.

Handelsminister Graf Itzenlitz bringt einen Gesetzentwurf ein, der sich auf den Bau der Eisenbahn von Danzig nach Neufahrwasser auf Staatskosten und die Grundentschädigungen beim Bau der Berlin-Küstriner Bahn bezieht, für welche seitens der Regierung 300,000 Thlr. verlangt werden. Von Berlin bis Friedrichsfelde (eine Meile) ist schon in dem Gesetzentwurfe selbst die Grundentschädigung auf die Staatskasse übernommen, für die Strecke von Friedrichsfelde bis Küstrin jedoch die Bedingung gestellt worden, daß die betreffenden Kreise die Grundentschädigung aufbringen sollten; trotz dringender Befürwortung seitens der Staatsregierung ist eine solche Leistung von den betr. Kreistagen abgelehnt worden. Um die Berlin-Küstriner Eisenbahn, die das Schlußglied der Ostbahn bildet, möglichst schnell ihrer Vollendung entgegenzuführen, empfehle ich dem Hause, seine Beschlußfassung möglichst zu beschleunigen. Zum Schlusse beehre ich mich dem Hause mitzutheilen, daß noch zwei anderweite Eisenbahn-Vorlagen in Aussicht stehen: Die eine bezüglich der Eisenbahn von Trier nach Call, die andere bezüglich der Zinsgarantie für die Eisenbahnen von Insterburg nach Tilsit und von Pillau-Königsberg nach Lyck.

Die Vorlagen werden den vereinigten Commissionen für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle überwiesen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die bereits bekannte Interpellation der Abgg. Frhr. v. Hoverbeck und Schmiedecke wegen Verletzung der preußischen Grenze durch russische Kosaken. Auf die Anfrage des Präsidenten, ob und wann das Staatsministerium die Interpellation zu beantworten gedenke, erklärt sich der Minister des Innern zur sofortigen Beantwortung bereit und erhält zur Begründung der Interpellation das Wort.

Abg. Frh. v. Hoverbeck (vom Platz): Obgleich der Herr Handelsminister soeben erst zwei neue Gesetzentwürfe eingebracht hat, so scheint mir doch der Gang unserer Verhandlungen bereits ein sehr beschleunigtes Tempo angenommen zu haben, und um auch meinerseits demselben Rechnung zu tragen, will ich mich bei der Begründung der Interpellation sehr kurz fassen. Ich beabsichtige derselben nur eine Erläuterung hinzuzufügen. Ich verstehe unter „Genugthuung", welche die preußische Regierung von der russischen zu verlangen hat, nicht bloß eine kahle Entschuldigung des Geschehenen, sondern eine wirksame Bestrafung der Thäter, vor allen Dingen aber die Wiederauslieferung des unglücklichen Polen, der wegen Erlahmens seines Pferdes auf dem Gute Schönau zurückbleiben mußte, und den die Russen aus Preußen mit sich hinweggeschleppt haben. Unter diesen Umständen ist die Sache sehr einfach und verzichte ich auf eine weitere Begründung.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Die in der Interpellation vorgetragenen Thatsachen sind, abgesehen von einigen kleinen Abweichungen, die der mir erstattete amtliche Bericht enthält, richtig. Es ist zu bedauern, daß eine solche Grenzüberschreitung stattgefunden hat; der Landrath des Neidenburger Kreises hat sich sofort mit dem jenseitigen Grenzcommissarius in Verbindung gesetzt und auch die Staatsregierung hat bereits auf diplomatischem Wege der russischen Regierung Anzeige von dem Faktum gemacht und die erforderliche Genugthuung verlangt. Ein Resultat dieses Schrittes kann natürlich dem Hause jetzt noch nicht mitgetheilt werden; doch wird die Regierung die Sache im Auge behalten und hofft sie, daß seitens der russischen Regierung wie in allen übrigen Fällen auch in diesem die vollständigste Genugthuung gewährt werden werde.

Eine Debatte wird nicht beantragt und damit ist diese Interpellation erledigt.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Abg. Dr. Virchow, betreffend die schleswig-holsteinische Frage; dieselbe lautet:

„Seit dem 1. Januar d. J. ist die neue Verfassung für Dänemark-Schleswig, welche die Incorporation Schleswigs feststellt, und damit die wesentlichste Vorbedingung für die Unterzeichnung des londoner Vertrages vom 8. Mai 1852 durch Preußen aufhebt, in Kraft getreten. Es wird daher an das königl. Staatsministerium die Frage gerichtet:

1) Ist Preußen nunmehr von dem londoner Vertrage zurückgetreten? oder steht dieser Rücktritt in nächster Zeit zu erwarten?
2) Im Falle diese Frage verneint werden sollte, hält die königl. Staats-Regierung die Aufrechterhaltung der dänischen Gesammt-Monarchie noch jetzt für ein preußisches Interesse."

Der Präsident richtet an das Staatsministerium die Frage, ob und wann dasselbe die eben verlesene Interpellation zu beantworten gedenke. — Ministerpräsident v. Bismarck: Die königl. Staatsregierung ist bereit, diese Interpellation zu beantworten, sobald das Haus der Abgeordneten über Bewilligung oder Versagung der am 8. Dezember v. J. geforderten Anleihe beschlossen haben wird. (Unruhe und Murren.) — Präsident: Nach der eben vernommenen Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten würde es mir obliegen, nachdem das Haus über die Anleihe Beschluß gefaßt haben wird, diese Interpellation abermals auf die Tagesordnung zu setzen; es scheint mir aber jene Erklärung als eine Ablehnung der Beantwortung zur Zeit anzusehn und auf Grund des § 29 der Geschäftsordnung: „An die Beantwortung der Interpellation oder deren Ablehnung darf sich eine sofortige Besprechung des Gegenstandes derselben anschließen, wenn mindestens fünfzig Mitglieder darauf antragen" — schon in der heutigen Sitzung eine Debatte zulässig zu sein. Wir sind nicht gewiß, wie lange unsers Bleibens hier noch sein wird, darum scheint mir eine sofortige Besprechung des Gegenstandes auch im Interesse der Staatsregierung zu liegen, da das Haus möglicherweise aus der Betheiligung der königl. Staatsregierung an derselben auch Gründe entnehmen kann, für die Genehmigung der Zwölfmillionen-Anleihe zu stimmen.

Abg. Immermann: Ich beantrage die Eröffnung der Debatte: — Ministerpräsident v. Bismarck: Ich kann mich der Deduction des Herrn Präsidenten nicht anschließen; ich habe mich bereit erklärt, die Interpellation zu beantworten und habe die Feststellung des Tages in den Bereich der Beschlüsse des Hauses gestellt. Der Hr. Präsident sagt, die Beschlüsse über die Anleihe könnten modificirt werden durch die Beantwortung dieser Interpellation; es läßt sich dies auch umkehren; die Beantwortung dieser Interpellation kann auch wesentlich influenzirt werden durch die Beschlußnahme des Hauses über die Anleihe; indeß will ich dem Beschlusse des Hauses, ob heute eine Besprechung sich anschließen soll, in keiner Weise vorgreifen.

Abg. v. Hoverbeck: Ich wollte mich mit der Meinung des Hrn. Präsidenten gleichmäßig einverstanden erklären und nebenbei bemerken, daß die Erklärung, welche heute von dem Staatsministerium abgegeben worden ist, aufs Neue von jener Interpretationskunst, die wir so oft schon an ihm zu bewundern Gelegenheit gehabt haben, zeugt. Ich muß gestehen, daß ich diese Antwort für einen erträglich guten Witz (sehr richtig), aber nicht für der Art und Weise entsprechend halte, in welcher die Angelegenheiten des Landes in diesem Hause geführt werden sollten (sehr richtig).

Mit großer Mehrheit beschließt darauf das Haus, über die Interpellation des Abg. Dr. Virchow in die Debatte eingetreten.

Abg. Dr. Virchow: Als ich die Interpellation in das Haus einbrachte, bin ich von der Ansicht geleitet worden, daß eine baldige und bestimmte Antwort des Ministeriums auf dieselbe nothwendig sei, weil die Verhältnisse der Herzogthümer täglich schwieriger werden, weil die Complicationen mit dem Auslande immer verwickelter werden, weil es endlich nothwendig erscheint, zu wissen, wohin die Regierung mit ihren großen Rüstungen zielt. Eine Auskunft hierüber zu erhalten, erschien nothwendig, ehe wir uns über die von der Staatsregierung geforderte Anleihe entschieden. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten sind bisher von der Art gewesen, daß in seine Hand das Steuer des Staatsschiffes sehr unsicher geführt schien: man hat aus ihnen nur entnehmen können, daß der Ministerpräsident noch keine Position genommen, daß er sich den inneren Verhältnissen gegenüber nicht einmal getraut, nach außen Stellung zu nehmen. Er hat die Legalität des londoner Protokolls nicht zu erweisen gesucht, während hier die Nichtigkeit desselben dargethan, während weiter dargethan ist, daß die Voraussetzungen des Vertrages, von der Macht, mit welcher er geschlossen, theils nicht erfüllt, theils direkt gebrochen sind. Dies hat der Ministerpräsident nicht zu widerlegen gesucht. Er hat vielmehr in seinem, beim Beginn der Verwickelungen mit Dänemark diesem Hause übergebenen Promemoria nur betont, daß Preußen gegenüber dem vertragsbrüchigen Dänemark um so mehr seine Vertragstreue außer Zweifel stellen müsse.

Ich habe bei meiner Interpellation die Absicht gehabt, auf eine Vorbedingung des londoner Protokolls hinzuweisen, und es war mir wichtig, die Meinung des Ministerpräsidenten darüber zu hören. In den Verhandlungen der Jahre 1851 und 52 zwischen Oesterreich, Preußen und Dänemark ist von vorn herein festgehalten worden der Standpunkt der dänischen Gesammtmonarchie, aber nur unter der Bedingung, daß diese Gesammtmonarchie unter voller verfassungsmäßiger Mitwirkung der dazu berufenen Ständeversammlungen zu Stande käme. In der dänischen Depesche vom 8. Dez. 1851 ist verheißen worden, daß der König von Dänemark in den Ständeversammlungen der Herzogthümer und dem dänischen Reichstage die Zustimmung zur Bildung einer Gesammtmonarchie herbeiführen werde. Das wiener Cabinet erklärte darauf, es sei vollständig einverstanden damit, daß auf dem verfassungsmäßigen Wege, „also mit Zustimmung der Stände, eine Gesammtmonarchie herbeigeführt werde." Darauf wurde von Dänemark ausdrücklich erklärt, die berathenden Provinzialstände in dieser Angelegenheit in beschließende umwandeln zu wollen. — Wie ist nun Dänemark dem nachgekommen? Es hat nie den ernsten Versuch gemacht, diese Zustimmung der Stände herbeizuführen, oder, wo es dies angestrebt hat, haben die Ständeversammlungen ihre Mitwirkung verweigert.

Der Minister Hall hat selbst dargethan, daß es unmöglich sei, die Voraussetzungen des Vertrages von 1852 aufrecht zu erhalten; er hat in einer Depesche vom 26. Dezbr. 1861 erklärt, „daß die königl. dänische Regierung jetzt, belehrt von bitteren Erfahrungen, davon abstehe, die Voraussetzungen des Vertrages von 1852 durchzuführen." Mit der größten Naivetät hat dieser Minister ausgesprochen und wiederholt, daß die Voraussetzungen des Vertrages von Dänemark nicht gehalten werden sollen. Es wäre von Interesse gewesen, zu erfahren, wie die Staatsregierung sich zu diesen Ansichten der dänischen Regierung verhält. — Unser Land ist bei der schleswig-holsteinischen Sache auf das Höchste interessirt; es hat für ihre Austragung große Opfer gebracht; unsere Ostseeprovinzen sind durch die aus ihr sich ergebenden Verwickelungen schwer bedroht. Gleichwohl zeigt sich in unsern, am meisten in ihrem Handel bedrohten Seestädten Stettin und Danzig eine große und einmüthige Opferfreudigkeit und selbst in ihnen die Ueberzeugung, daß nur eine definitive Ordnung der Herzogthümer-Frage fruchtbringend sei. Auf diese definitive Erledigung muß mit allen Kräften hingearbeitet werden. Die Staatsregierung kann jetzt nicht mehr im Zweifel darüber sein, ob sie die dänische Gesammtmonarchie erhalten oder aufgeben will; sie muß jetzt darüber im Klaren sein, ob die Abtrennung der Herzogthümer von Dänemark auszuführen sei. Es kommt darauf an, wie weit der Ministerpräsident ein Recht hat, das deutsche Interesse von dem preußischen zu trennen. Die Hohenzollern haben früher fortlaufend eine nordische Politik verfolgt, die mit dem deutschen Interesse zusammenfiel; aller preußische Gewinn im Norden war zugleich ein deutscher. Seit den Zeiten des großen Kurfürsten ist von preußischer Seite fortdauernd im Auge behalten worden, daß die dänische Halbinsel nicht in die Hand einer großen nordischen Macht fallen dürfe.

In dieser Beziehung erinnere ich an den Aufruf des großen Kurfürsten an die Deutschen: die dort ausgesprochene Politik ist von der des Ministerpräsidenten weit entfernt, die also nur ein Abfall ist von der altpreußischen Politik. Wenn die Regierung das Land über ihre Politik in Unsicherheit läßt, so geht daraus nur hervor, daß ihre Pläne das Licht scheuen, wird der Verdacht nur gestärkt, daß die Regierung einen kleinen territorialen Zuwachs Preußens durch einen großen territorialen Verlust Deutschlands erkaufen will. Wir kommen dadurch in die beklagenswerthe Lage, zu wünschen, daß Preußen möglichst zurückgehalten werden möge von der Führung einer Sache, die so sehr in preußischem Interesse liegt. Ich kann nicht damit schließen, daß die Nation mit dem Zuruf der Begeisterung der Regierung an die Seite treten wird, ich kann nur schließen mit dem Bedauern, daß die Regierung in der Interpellation nicht ein Mittel gesehen hat, die Bewilligung der Anleihe dem Hause möglich zu machen, daß ihre Politik vielmehr nur dahin gerichtet erscheint, die nationale Bewegung niederzuwerfen und die Herzogthümer ihren Feinden auszuliefern. Das Geschick, was der Ministerpräsident durch eine solche Handlungsweise für die Herzogthümer hervorruft, sollte doch Eindruck machen auf sein Herz; auch ein Staatsmann, meine ich, sollte niemals aufhören, Mensch zu sein. (Lebh. Beifall.)

Abg. Twesten: Meine Herren! Hätten wir ein Ministerium uns gegenüber, welchem wir in Bezug auf die Behandlung der vorliegenden Sache vertrauten, so wäre das Verlangen des Ministeriums gerechtfertigt, daß wir die verlangte Summe bewilligten, ohne vorher zu fragen: was wird die Regierung thun? Da aber die Sache anders liegt, da wir nach den Antecedentien des Ministeriums und nach den vorliegenden Thatsachen anzunehmen gezwungen sind, daß die Regierung gerade das Gegentheil von dem thun will, was wir wünschen, so erscheint es ungerechtfertigt, daß wir vorweg die Mittel bewilligen und nachher erst den Zweck der Verwendung und die Wege, auf welchen man diesen Zweck zu erreichen gedenkt, erfahren sollen. Ich habe allerdings von dem Herrn Ministerpräsidenten keine andere Antwort erwartet, als wir aus seinen bisherigen Aeußerungen und aus dem Gange, welchen diese Angelegenheit genommen hat, entnehmen konnten, und diese sprechen klar genug für sich selbst.

Wir sind darüber einig, daß es die Pflicht und das Interesse Preußens fordert, die Herzogthümer von Dänemark zu trennen, müssen aber annehmen, daß der Ministerpräsident dahin wirkt, daß Dänemark die Herzogthümer behalten soll, und daß seine Erklärung, das Recht der Herzogthümer wahren zu wollen, nur so aufzufassen ist, daß er denselben eine erträgliche Stellung unter dänischer Herrschaft schaffen will. In Schleswig aber ist man darüber einig, daß ein jeder Schutz, welcher das Land unter dänischer Herrschaft erhält, ein unzureichender ist, wie sich das auch seit 1852 gezeigt hat. M. H.! Aus dem letzten Antrage Oesterreichs und Preußens beim Bunde erkennen wir ganz klar die Absicht, am londoner Protokoll festzuhalten, und wenn der Herr Ministerpräsident hier im Hause erklärt hat, daß die Aufrechthaltung der dänisch-schleswig'schen Verfassung vom 18. November v. J. der preußischen Regierung das Recht gebe, vom Vertrage zurückzutreten, so haben andererseits die Gesandten Oesterreichs, Preußens und der anderen Großmächte in Kopenhagen darauf hingearbeitet, daß der König von Dänemark jene Verfassung suspendire und es ihnen dadurch leicht mache, an dem Vertrage festzuhalten. Wenn die deutschen Großmächte jetzt in Frankfurt die Occupation Schleswigs beantragen, so geschieht dies offenbar nur, um Schleswig den Dänen auszuliefern. Die Besetzung Schleswigs wird zu einem Scheinkrieg wie im Jahre 1848—49 führen und das Resultat wird dasselbe wie damals sein. Der Herr Ministerpräsident betrachtet sich als unangreifbare Autorität in seinem Fache, und wirft den Abgeordneten vor, daß sie nichts von der Sache verständen; ich will darum auf einige Fachmänner aufmerksam machen, welche auch Herr v. Bismarck als Autoritäten anerkennen wird.

Herr v. Usedom sprach sich im Februar 1851 in einer an den König gerichteten Denkschrift dahin aus, daß kein menschlicher Verstand in dem londoner Protokoll einen Vortheil für Preußen erkennen könne. Ganz in ähnlicher Weise hat sich Herr v. Bunsen, hat sich Herr v. Radowitz ausgesprochen. Der letztere Staatsmann, welcher seiner politischen Parteistellung nach doch gewiß der jetzt herrschenden Partei näher stand, hat im J. 1856 in einer Broschüre auf die große Bedeutung dieser nationalen Sache aufmerksam gemacht, in welcher alle Parteien, die Ultramontanen wie die Protestanten, die Großdeutschen wie die Kleindeutschen, die Baiern, Sachsen, Würtemberger wie die Preußen, nur von einem Gefühl geleitet sein könnten. Aber nicht nur frühere Staatsmänner, sondern auch noch lebende haben sich in unserm Sinne ausgesprochen. Männer, welche bei uns nicht nur Jahre lang der Leitung der auswärtigen Politik nahe gestanden, sondern selbst dem ausw. Ministerium vorgestanden haben, sind der Ansicht, daß eine Trennung der Herzogthümer von Dänemark durch das Interesse und die Ehre Preußens gefordert werde. Eben so urtheilen viele Minister, welche zwar nur an der Spitze kleiner deutscher Staaten stehen, deren diplomatische Bedeutung und Befähigung Herr v. Bismarck jedoch nicht bestreiten wird. Die Antwort, welche die Regierung zu geben hat, scheint mir vollkommen klar, das Interesse Preußens fordert es, die Herzogthümer von Dänemark zu trennen; es verlangt, nicht einen deutschen Thron umzustürzen, sondern einen deutschen Thron zu errichten; es verlangt, den deutschen Einfluß in einem Lande zu befestigen, wo er von so großer Wichtigkeit ist, daß ganz besondere Gründe in die Waagschale geworfen werden müßten, um sich für das Gegentheil zu entscheiden.

Was die geltend gemachte Furcht vor den russischen Erbansprüchen betrifft, so schreiben sich diese aus dem Vertrage von 1773 her, und doch entsagt der Großfürst Paul von Rußland in seiner zu Kiel publizirten Proclamation vom 31. Mai 1773 seinen Hoheitsrechten aus dem bis dahin Gottorpschen Antheil zu Schleswig zu Gunsten des Mannesstammes der kgl. Familie, und zu dieser gehörte schon damals das Haus Augustenburg, als ältester Zweig der jüngeren königlichen Linie. — Unsere gegenwärtige Regierung verfolgt im Einverständniß mit Oesterreich eine Politik, welche die Herzogthümer bei Dänemark festhalten soll; der Ministerpräsident hat darauf aufmerksam gemacht, daß durch das Festhalten am londoner Protokoll Verwickelungen mit den auswärtigen Mächten vermieden würden; ich meine, ohne Fachmann zu sein, könne man einsehen, daß aus der Haltung der deutschen Großmächte Verwickelungen mit den übrigen deutschen Staaten entstehen müssen, und ein jeder preußischer Staatsmann sollte doch vor der Eventualität eines deutschen Bürgerkrieges zurückschrecken, welche den fremden Mächten Gelegenheit geben kann, sich in deutsche Verhältnisse einzumischen. Wenn der Herr Ministerpräsident, welcher vor Kurzem noch im Gegensatz zu seiner ganzen Partei als Gegner Oesterreichs auftrat, jetzt mit diesem Staat Hand in Hand geht, so geschieht dies im Interesse einer tendenziösen inneren Politik, weil die nationale Sache ja auch die liberale ist. In den Verhandlungen über die schleswig-holsteinische Resolution, in der Debatte über die Adresse an Se. Maj. den König hat das Haus erklärt, daß es seinerseits bereit sei, auf die Geltendmachung jedes Parteistandpunktes in inneren Fragen für den Augenblick zu verzichten, wenn die kgl. Staatsregierung in dieser Frage auf das Verlangen des Hauses eingehe.

Aber es kann Niemand von uns verlangen, daß wir der Staatsregierung zu Hilfe kommen, wenn das, was wir verlangen, nicht ein Mehr oder Minder, sondern gerade das Gegentheil von dem ist, was die Regierung thun will. Wir wollen die Herzogthümer von Dänemark trennen, sie will sie unter das dänische Joch beugen; dazu werden wir niemals unsere Einwilligung ertheilen. Die Regierung hat kein Recht zu verlangen, daß wir ihr auf einem Wege folgen, auf dem nicht abzusehen ist, was aus dem Verhältnisse Preußens zu Deutschland, was aus Deutschland überhaupt wird. Wir können am Ende desselben nur ein Chaos erblicken, dessen Entwickelung sich jeder Berechnung entzieht; wir müssen dagegen protestiren und müssen Alles ablehnen, was eine solche Politik zu unterstützen im Stande ist.

Da weitere Redner nicht zum Worte notirt sind, ist die Debatte geschlossen, und wird damit auch dieser Gegenstand verlassen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budget-Commission über den Etat der Militär-Verwaltung. Berichterstatter Baron v. Vaerst. (Am Ministertische haben sich inzwischen mehrere Commissarien des Kriegsministers, in der Hofloge eine Anzahl höherer Offiziere eingefunden, darunter Gen.-Feldmarschall v. Wrangel.)

Auf Vorschlag des Präsidenten tritt das Haus zunächst in eine General-Discussion ein; durch das Loos wird folgende Rednerliste festgestellt: für die Anträge der Commission: Parrisius (Brandenburg), v. Saucken (Gerdauen), Dr. Metzig, v. Saucken (Tarputschen), Jung, Reichensperger, Dr. Frese, Stavenhagen; gegen dieselben: v. Bonin (Genthin), v. d. Heydt, v. Vincke-Olbendorf, v. Weiher, v. Mitschke-Collande, v. Richthofen, Graf v. Wartensleben.

Zunächst erhält das Wort der Berichterstatter, Baron v. Vaerst: Die Commission hat festgehalten an dem Standpunkte, auf welchen sie sich und mit ihr das Haus schon im Jahre 1862 gestellt hat, d. h. an dem Grundsatze: die Kosten der Reorganisation nicht zu bewilligen, sondern dieselben überall auszuscheiden, weil die verfassungsmäßige Zustimmung der Volks-Vertretung für die Reorganisation selber nicht eingeholt worden ist. Dasselbe Verfahren ist für den Militäretat des Jahres 1864 beobachtet worden. Ich habe nichts hinzuzufügen, da es überhaupt schwer sein dürfte, noch neue Gesichtspunkte zu finden, während alle Urtheile nur dahin lauten, daß allein ein, unter Mitwirkung der Landesvertretung geschaffenes Militärgesetz die Zustimmung des Landes finden könne und werde. Ein solches Gesetz aber ist auch unerläßlich sowohl für das Interesse des Landes, als der Staats-Regierung, da das Gesetz vom 3. September 1814 durch die Reorganisation wesentlich alterirt ist. Da ein solches Gesetz nun nicht vorhanden ist, so hat die Commission nicht anders verfahren können, als sie in ihren Anträgen gethan; sie würde sonst die Militär-Reorganisation zu einer legalen Maßregel gestempelt haben; sie hat vielmehr als ihre Aufgabe und ihr Ziel fest im Auge behalten, daß sie am Wohl des Vaterlandes und am verfassungsmäßigen Rechte ohne Wanken festzuhalten habe.

Abg. Graf Schwerin: Der Herr Referent hat gewiß Recht, wenn er ersagt, daß Neues in der Sache wohl kaum noch vorgebracht werden kann. Ich will mich daher auch darauf beschränken, daß ich den Standpunkt, von dem aus ich und meine Freunde bei der Abstimmung uns leiten lassen werden, darzulegen. Sie wissen, daß ich die Frage der Reorganisation anders ansehe, wie die Mehrheit dieser Versammlung. Ich halte dafür, daß diese Maßregel wesentlich im Interesse des Landes liegt: sie erhöht die Wehrkraft, fördert den Nationalwohlstand, und bei rücksichtsvoller Durchführung belastet sie die Finanzkräfte nicht zu schwer. Noch ist die Steuerlast des Landes dadurch nicht vermehrt; die Jahreseinnahmen sind gestiegen, haben Ueberschüsse ergeben, der Staatsschatz hat nicht angetastet zu werden brauchen; vom nächsten Jahre ab wird durch die Grundsteuer das Verhältniß noch günstiger. Trotzdem muß ich anerkennen, daß die Motive der Mehrheit gegen die Reorganisation nicht ohne innere Berechtigung sind. Ich hätte daher wohl gewünscht, daß auf die Forderungen der Mehrheit der Commission von der Regierung eingegangen worden wäre. Ich kann zwar dem Referenten nicht zugeben, daß eine verfassungsmäßige Nothwendigkeit vorhanden gewesen wäre, vor der Reorganisation die Gesetzgebung zu ändern. Dagegen sind aber die Forderungen der erhöhten Präsenzzeit bei den Fahnen, die Fundamentirung der ganzen Reorganisation durch Vorlegung eines Organisations- und Rekrutirungsgesetzes, Forderungen, auf die um den Preis der Ausgleichung eines schweren Conflictes, welcher an dem Mark des Landes zehrt, und alle Verhältnisse der Monarchie vergiftet, die Regierung wohl hätte eingehen können.

Ich bin noch heute der Meinung, es würde auf dieser Bahn, etwa nach Anleitung des früheren Amendements des Abg. Stavenhagen und der Novelle, die im vorigen Jahre aus dem Schooße des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist, eine Verständigung stattfinden können, die dem Lande die Vortheile der Reorganisation im Wesentlichen erhält und den schweren Schaden des Verfassungs-Conflictes vermindert, der ja, je länger er dauert, die Kluft zwischen Regierung und Landesvertretung immer größer macht. Leider steht es noch nicht so; die Regierung hat zwar momentane Ersparungen eingeführt, aber den Forderungen des Hauses ist sie nicht entgegengekommen. Hiernach wird die Abstimmung eine principielle werden und in diesem Sinne bleibt mir und meinen politischen Freunden nichts Anderes übrig, als unsrerseits im Gegensatze gegen die Commissionsanträge für die

ligung der Reorganisationskosten zu stimmen. Wir können im gegenwärtigen Augenblick dringender Kriegsgefahr die Verantwortlichkeit nicht übernehmen für die Fassung eines Beschlusses, dessen strikte Ausführung eigentlich Niemand will, dessen Ausführung aber momentan das Land wehrlos machen würde. Dagegen behalten wir uns das Recht vor, später für diejenigen Modificationen zu stimmen, die nach unserer Ueberzeugung zu einer Verständigung zu führen geeignet sind. Nach diesen Erklärungen, auf welche ich mich glaube beschränken zu können, legen wir für unsere Person keinen besondern Werth auf eine formelle Abstimmung über jede einzelne Position.

Abg. Jung: Ich will mich, sowie der Vorredner, kurz fassen in der Begründung des von mir und der Majorität der Budgetcommission vertretenen Standpunkts. Es handelt sich hier vornehmlich um die Wiederherstellung der erschütterten Rechtsverhältnisse, und da müssen alle Nützlichkeitsgründe höheren Interessen weichen. Diese Nützlichkeitsgründe sind aber durchaus nicht haltbar. Es ist wahrlich kein Kunststück, dieser Etat, in welchem die nützlichen Ausgaben, z. B. für den öffentlichen Unterricht ꝛc., die von der Kammer mit Freuden bewilligt werden würden, hintenangesetzt, wo selbst für die Vertheidigungsbereitschaft des Landes die allerlächerlichsten Summen gefordert werden, wie z. B. für die Verstärkung und den Umbau der Festungen nur 35,000 Thlr. angesetzt sind, um nur die Ueberschüsse möglichst hoch erscheinen zu lassen und gegen den Willen des Landes die Reorganisation durchzuführen. Jetzt wird sogar die Kriegsgefahr als Motiv wieder heraufbeschworen, diese künstliche Wolke, die seit 1848 soviel Millionen schon aus dem Seckel des preußischen Volkes gelockt hat. Wenn wir bei Behandlung der Reorganisationsfrage den Weg unserer Vorgänger gehen, so ist das doch der allerbescheidenste Gebrauch von dem Recht einer Volksvertretung, daß wir eben die Anforderung stellen, daß nichts geschehe ohne den Willen des Volkes und seiner Vertretung. Zu der constitutionellen Entwickelung sind wir ja noch lange nicht gelangt, daß wir durchsetzen, was das Volk will; wir können nicht positiv in der Gesetzgebung vorgehen, wie es die Engländer gethan, als sie die Kornbill, die Katholiken-Emancipation durchgesetzt.

Wir stehen eben noch beim konstitutionellen ABC; wir wollen verhindern, daß dem Volke sein gutes Gesetz genommen werde. Das Ministerium hat manchen Verfassungsbruch begangen, aber eins muß man ihm lassen, von dem konstitutionellen Mittel der Auflösung, der Appellation an das Volk, hat es redlich Gebrauch gemacht, von dem Mittel, die Meinung des Volkes immer reiner zum Ausdruck gelangen zu lassen. Es hat einen vollständigen Destillationsprozeß vorgenommen. Zuerst, im Jahre 1862, fand die Neuwahl schon unter dem Gewichte dieser Frage statt; die neue Legislatur schien aber dem Ministerium noch nicht rein genug und sie wurde aufgelöst. Die neue Appellations-Instanz schien ihm noch nicht hinlänglich die schwankenden Elemente entfernt zu haben und es schritt zur dritten Appellation, zur zweiten Auflösung. Nach der dreimaligen Appellation sollte nun das Ministerium wohl endlich annehmen, daß das, was vor ihm steht, doch der wahre spiritus rectificatissimus ist. (Bravo! Heiterkeit.) Der Minister hat ja selbst bei der Vertheidigung der Preßordonnanz erklärt, daß ihm die Ausscheidung aller unklaren Elemente so gut gelungen sei. Die so geläuterte Kammer verwirft also abermals die Reorganisationskosten, und man hat sich nur darüber zu wundern, daß sie nicht den ganzen Etat verwirft, daß sie sich wiederholt die Mühe nimmt, die gegen den ausdrücklichen Willen des Hauses immer wieder auf das Ordinarium gebrachten Reorganisationskosten auszuscheiden, daß sie nicht lieber diese Rechnung dem Kriegsminister allein überläßt.

In einem benachbarten Lande hat die Kammer den ganzen Etat des auswärtigen Ministeriums gestrichen und der Minister ist bereits durch einen andern ersetzt, wir freilich sind keine heißblütigen Holländer (Heiterkeit), sondern bedächtige Preußen, aber, was nicht ist, kann noch werden, wenn das Ministerium die constitutionelle Wissenschaft durch eine dritte Auflösung bereichern wollte. Der Kaiser Nikolaus hat einmal gesagt, er kenne nur zwei Regierungsformen: Monarchie und Republik. Ich begreife das, denn er soll eine ehrliche Soldatennatur gewesen sein; was würde er aber zu dem System des gegenwärtigen Ministeriums gesagt haben, welches in der constitutionellen Hülle nach absoluter Bewegung trachtet? Es werden uns allerdings Gesetzentwürfe vorgelegt, aber solche, die verworfen werden müssen, die also den Stempel ihrer Verworfenheit schon an der Stirn tragen (Heiterkeit). Das Ministerium trägt eben nur die constitutionelle Hülle, um sie zu compromittiren. Das würde jene gerade Soldatenseele, der Kaiser Nikolaus nicht verstanden haben; er hätte gesagt: Habt Ihr geschworen, den constitutionellen Rock zu tragen, dann müßt Ihr es auch halten; wollt Ihr aber die Verfassung brechen, dann brecht sie ganz, aber nicht stückweise. —

Nun werden aber auch Zweckmäßigkeitsgründe geltend gemacht, das Wohl des Vaterlandes wird als das höchste Gesetz geltend gemacht. Darauf hätte jener Nikolaus gesagt: Ja, bei mir könnte das gelten, der ich despotisch über Russen, Kalmücken und Tartaren herrsche, nicht aber bei Euch, den modernen Kulturvölkern Europa's, die ihr Wohl in die Hände von aus ihrem Schoße hervorgegangenen Gesetzesfaktoren gelegt. Diese Berufung auf das Wohl des Staates als das höchste Gesetz ist eine Rückkehr zu dem salut public Robespierre's (Heiterkeit), ist der revolutionärste Grundsatz der Gegenwart. Will etwa das Ministerium für ihn Propaganda machen? Wenn das Ministerium also keine Berechtigung hat, sich auf den Standuunkt der Nothwendigkeit zn stellen, so braucht dies die Kammer noch weniger zu thun. Die Regierung hat ja ohnedies so oft gesagt, wir verstehen nichts von Gesetzemachen, also beschränken wir uns auf den Standpunkt des klaren Rechts. Freilich folgt uns der Kriegsminister auch auf dieses Gebiet; aber hier sind wir ihm jedenfalls gewachsen, und wir können nur das thun, was unsere Vorgänger mit der Reorganisation gethan; wir können dem Ministerium nur sagen, was neulich bei der Preßordonnanz die ersten Juristen Deutschlands ihm zugerufen: „Wo die Minister ihr Recht sehen oder zu sehen behaupten, da sehen wir nach allen bisher unter Menschen üblichen Denkgesetzen das Verbrechen des Verfassungsbruches."

Der Herr Kriegsminister hat neulich die Berufung auf das Gesetz von 1814 den Standpunkt des abstracten Rechtsstaates genannt, wenn diese und ähnliche Grundsätze bei uns Geltung bekommen sollten, dann müßte allerdings ein neuer Lehrstuhl der Logik und Interpretationskunst errichtet und der Herr Kriegsminister mit der Besetzung betraut werden. So trostlos aber auch die Lage zu sein scheint, so wenig Hoffnung auf eine augenblickliche Wirkung unseres Votums vorhanden, so können wir doch dem preußischen Volke über das Ministerium hinweg zurufen: Sei beharrlich, und einst wird der Tag kommen, der Tag, wo man der Volkskraft bedürfen und kein Ministerium mehr wagen wird, seine spezielle Einsicht, sein Dafürhalten dem Gesetz und der Meinung von neun Zehnteln der ganzen preußischen Nation entgegenhalten zu wollen. (Lebhaftes Bravo links.)

Präs. Grabow: Im Laufe seiner Rede hat der Herr Vorredner von den, durch das Staatsministerium dem Hause gemachten Vorlagen gesagt, sie trügen den Stempel der Verworfenheit an der Stirn. Ich meine, der Herr Abgeordnete hat sich nur versprochen, er hat vielleicht das Wort „Verwerflichkeit" gebrauchen wollen. Wenn dem nicht so sein sollte, würde ich ihm in dieser Beziehung zu erwidern haben, daß er sich eines unparlamentarischen Ausdrucks bedient hat, wie ich denn auch den Wunsch gehegt hätte, daß der Herr Abg. nicht mit einer so scharfen Kritik aufgetreten wäre. Ich muß mir in dieser Beziehung noch besonders die Aeußerrung des Herrn Abg. erbitten.

Abg. Jung. Es ist mir jenes vom Herrn Präsidenten gerügte Wort unwillkürlich als ein Wortspiel entschlüpft, ich habe damit natürlich nur sagen wollen: Gesetzentwürfe, die das Schicksal, vom Hause verworfen zu werden, an der Stirn trügen.

Inzwischen haben die Minister v. Bodelschwingh, v. Mühler und v. Selchow am Ministertische Platz genommen. — Vicepräsident v. Unruh übernimmt den Vorsitz.

Abg. v. d. Heydt. Der Redner ist auf der Journalistentribüne nur höchst unvollkommen und in abgerissenen Worten zu verstehen. Er scheint mit einer Entwickelung der Stadien, welche die Militärfrage bisher durchlaufen, zu beginnen, und führt in dieser Hinsicht aus, daß dieses Haus zweimal die Mittel zur Reorganisation des Heeres bewilligt habe und die Reorganisation deshalb bereits unter Mitwirkung des Hauses erfolgt sei. (Heiterkeit. Rufe: Lauter!) Die Aufhebung der Reorganisation habe man nie verlangt, vielmehr nur die 2jährige Dienstzeit begehrt und andere unbestimmte Forderungen hingestellt. Hiervon habe die Staatsregierung den Bestand des Heeres nicht abhängig machen können. Es folgen Ausführungen über das Bewilligungsrecht der Landesvertretung, über die wahre Landesvertretung, welche nicht in diesem Hause beschlossen sei, und über die Lücke, welche die Verfassung in Bezug auf die Budgetbewilligung aufweise. (Mehrfacher Widerspruch des Hauses. Der Rauf: Lauter! wird wiederholt. Glocke des Präsidenten.) Vom Jahre 1865 ab würde sich der Etat so gestalten, daß die von der Regierung verlangten Reorganisationskosten stets durch die laufenden Einnahmen gedeckt sein würden. Der Redner schließt mit Ausführungen, daß dieses Haus nicht das Recht habe, das Herrenhaus oder den König zu irgend welchen Handlungen zu zwingen. (Bravo bei den Conserv., Zischen links.)

Abgeordneter Twesten weist verschiedene Widersprüche nach, welche zwischen den heutigen Auslassungen des Herrn v. d. Heydt und früheren Reden desselben, sowie in seinem bekannten Briefe an den Kriegsminister bestehen. Es sei bedauerlich, daß dieser Herr Abg., seitdem er aufgehört, Minister zu sein, so starke retrograde Fortschritte gemacht habe. (Heiterkeit.) Die Behauptung des Vorredners, dieses Haus habe zweimal die Reorganisationskosten bewilligt, sei thatsächlich unrichtig. Das Haus habe nie die Reorganisation gutgeheißen (Bravo), wohl aber habe sich im Hause die Bereitwilligkeit gezeigt, mit der Regierung einen Compromiß über die schwebende Frage zu schließen. Der Redner spricht sich darauf gegen die vom Grafen Schwerin geltend gemachten Zweckmäßigkeitsrücksichten aus und fährt dann fort: Ich habe i. J. 1862 nach meinen Kräften dahin gestrebt, ein Compromiß zwischen der Krone und der Landesvertretung herbeizuführen. Ich hielt es damals für dringend geboten, die Krone nicht zu nöthigen, daß sie wähle zwischen Armee und Verfassung. Die Sacheu lagen damals so, daß es geboten schien, den Verfassungsconflict nicht auf die Spitze zu treiben. Ich befürchtete schon damals, die Lage wäre so, daß die Krone in dem obengeuannten Conflict sich für die Armee und gegen die Verfassung entscheiden würde.

Diese Befürchtung hat sich jetzt leider erfüllt. Es hat sich gezeigt, daß die Verfassung der Regierung gegenüber keinen Werth mehr hat. Die Octroyirung der Preßverordnung, die Nichtachtung des von der Landesvertretung bewilligten Budgets lassen hierüber keinen Zweifel. Wir an unsrer Stelle dürfen aber nicht die Hand dazu bieten, daß wir von den uns zustehenden Befugnissen einer beschließenden Versammlung herabgedrückt werden zu denen einer nur berathenden (Bravo); die Regierung hält unsere Zustimmung zu den Budgetvorlagen für gleichgiltig und entbehrlich (Sehr richtig!), sie hat sich damit für die Armee entschieden, um so mehr müssen wir uns für die Verfassung erklären (Lebhaftes Bravo!) — Wir stellen die Verfassung über die Armee; wir dürfen nicht weichen von der Verfassung. Wir sind durch die gefaßten Beschlüsse gebunden und in Folge derselben nicht mehr in der Lage, die Commissions-Anträge verwerfen zu können. Schlimmer als es gegenwärtig um die Verfassung steht, kann es ohnehin nicht mehr werden. (Lebhaftes Bravo!)

Kriegsminister v. Roon: Meine Herren! Ich habe nicht die Absicht, die Discussion wesentlich zu verzögern oder zu erschweren; ich bin indessen durch meine amtliche Stellung genöthigt, das Wort zu nehmen, um den Standpunkt der Regierung in dieser Frage zu wahren. Was ich bis jetzt von der Tribüne herab seitens derjenigen Herren, welche für die Commissionsanträge gesprochen, gehört habe, hat den Standpunkt in keiner Weise erschüttert, welchen einzunehmen der Regierung als Pflicht erscheint. Ich kann mich auch unmöglich auf die Widerlegung aller derjenigen Aeußerungen einlassen, die gegen die Regierung von der Tribüne herab gefallen sind; ich glaube namentlich, daß das Haus mich davon dispensiren wird, mich gegen die Vorwürfe des Abg. Jung zu vertheidigen. Jeder Billigdenkende muß beklagen, daß die Waffen nicht gleich vertheilt sind; es ist daher besser, auf diese Sache nicht weiter einzugehen. Ich habe das Wort ergriffen, nicht um die Summen festzuhalten, welche nach den Commissionsanträgen abzusetzen sind, sondern vorzugsweise, um den Standpunkt der Regierung festzuhalten und nochmals die Prinripien zu wahren, auf denen er beruht. Es würde vergeblich sein, wollte ich für die Genehmigung der Summen irgend ein Wort verlieren. Ich bin kein Mann, der, im parlamentarischen Sinne, sehr versirt ist; aber ich weiß genug, um die Ueberzeugung zu haben, daß alle Beschlüsse der Majorität vorher festgestellt sind, ehe das Drama in diesem Hause beginnt.

In dem Vorparlament, den sogenannten „Fractionen", werden alle diese Dinge beschlossen, und da eine übermäßige Majorität hier im Hause der Regierung gegenübersteht, begreife ich, daß jede Bemühung gegen solche Beschlüsse eitel sein würde. — Ich wünsche zu sprechen, ohne Emphase oder Ironie, rein objectiv zur Sache; ich will nicht diesen oder jenen Ton anschlagen, das ist nicht meine Absicht; ich würde mit dem Pathos keinen Eindruck machen, höchstens den einen oder andern herausfordern, und das will ich nicht. Die vorige Session hat gelehrt, daß jede Demonstration gegen gehässige Angriffe zu weiteren Conflicten führte, welche für die Regierung und die Landesvertretung, wie für die Sache selbst und das Land nicht von Vortheil waren. Ich will ohne Ironie sprechen, weil die Sache mir zu wichtig und ernst ist, also schlicht und recht, ohne Jemanden zu kränken, aber auch ohne Hoffnung, hier Jemand zu gewinnen, lediglich um des Landes willen und der Nachkommen willen, welche die Sache mit andern Augen betrachten werden, als die Gegenwart. Wenn ich ein Wort sagen werde, was wehe thut, so ist das um der Würde willen und nicht des Fingers wegen, der sie anrührt. Ich glaube nicht einen Gemeinplatz zu sagen, wenn ich ausspreche: die Selbsterhaltung ist der oberste Grundsatz für das Individuum; in Bezug auf den Staat halte ich sie für eine sittliche Pflicht. Eine Ausführung von Beschlüssen, welche dieser Pflicht entgegenlaufen, ist nach meiner Meinung daher völlig unmöglich. Sie machen der Regierung den Vorwurf, daß sie die Reorganisation aufrecht erhält, ungeachtet Ihrer Beschlüsse.

Sie fordern Gehorsam für Ihre Beschlüsse in einem Augenblick, wo für Preußen die Entwickelung großartiger militärischer Kräfte eine Nothwendigkeit geworden ist; in einem Augenblicke, wo Sie von der Regierung Schritte verlangen, die das Vaterland mit allen europäischen Großmächten in ernste Verwickelung zu bringen drohen. Sie scheinen zu wollen, daß die Regierung rückgängig mache, was durch die Reorganisation geschehen ist. Die Commission kommt mehrfach auf diesen Punkt zurück. Ich frage Sie, ob, wenn die Regiernng solchen Beschlüssen Folge geben würde, Sie damit übereinstimmten? Ich bin der Meinung, daß Sie sich dadurch eines schweren Vergehens gegen die Sicherheit des Landes schuldig machen würden. Sie wissen das recht gut, aber Sie dringen darauf, und weil sie meinen, daß durch ihre Beschlüsse, eine Ihnen mißliebige Regierung gestürzt werden könnte; Sie stellen die Regierung vor die Alternative: entweder kein Budget, oder Ruin der Armee. Ste selbst können gar nicht wünschen, daß Ihren Beschlüssen Folge gegeben werde, denn kein Patriot kann dies wünschen. Ich spreche jetzt ein Wort gelassen aus, was vielleicht Manchen von Ihnen verletzt, ich erkläre, ich kann es nicht unausgesprochen lassen, denn es ist die Wahrheit und es ist gut, daß die Wahrheit gesprochen werde: Sie treiben Tendenz-Politik mit einem solchen Beginnen, Sie wollen das Mintsterium stürzen und fassen Beschlüsse, welche nach meiner Auffassung, die Sicherheit des Landes gefährden; Sie treiben diese Tendenzpolitik auch in der Beziehung, daß Sie sogar die äußere Politik vorschreiben wollen, welche die Regierung zu befolgen hat, wenn sie sich Ihrer Unterstützung erfreuen soll.

In beiden Beziehungen beabsichtigen Sie etwas, was die Verfassung verletzt (oh! oh! links). Nach der Verfassung gebührt Sr. Majestät dem Könige die Wahl seiner Räthe; Sie wünschen diese jetzigen Räthe Sr. Majestät entfernt zu sehen, um Personen Ihrer Wahl an deren Stelle treten zu lassen (oh! oh!). Meine Herren, diese Tendenzpolitik ist nach meiner Meinung eine die Verfassung bedrohende, eben so die andere, wenn Sie Ihre Bewilligung abhängig machen wollen von der Politik, welche der Majorität dieses Hauses zweckmäßig erscheint. Diesmal beabsichtigen Sie, wenn Sie den Anträgen der Commission Folge geben, das Budget zu verstümmeln, noch bevor Sie sich schlüssig gemacht haben über das Ihnen vorgelegte Organisationsgesetz. Sie lassen dabei auch die letzte Rücksicht außer Acht, welche Sie bisher beobachtet haben. Im Jahre 1862 sagten Sie: Sie würden bewilligen, wenn Ihnen ein Organisationsgesetz vorgelegt werden würde. Es war damals vielfach davon die Rede, und jetzt räth die Commission zu verwerfen, obgleich ein solches Gesetz vorgelegt ist und bevor Sie es geprüft und berathen haben. Das ist ein Fortschritt auf Ihrer Bahn. Sie sind dabei freilich in Ihrem formellen Rechte, aber indem ich gegen ein solches Verfahren Protest einlege vor dem Lande, erkläre ich, Sie darin in keiner Weise stören zu wollen. Deshalb will ich ein- für allemal gegen die von der Commission beantragte Absetzung Widerspruch erheben und auf die Bekämpfung der einzelnen Commissions-Anträge verzichten. Ich glaube, ich werde damit Ihren Wünschen, diese Angelegenheit schneller zu erledigen, entgegenkommen. Wollen Sie Ihr hohes Spiel im Vertrauen auf den Gewinn, den Ihnen nach Ihrer Meinung die Zukunft verheißt, fortsetzen — — — wohlan, so setzen Sie dies gefährliche Spiel fort. (Vereinzelte Bravo's rechts, Zischen links.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte ist eingebracht; das Präsidium erklärt die Abstimmung für zweifelhaft und damit den Antrag für abgelehnt.

Abg. v. Vincke-Olbendorf: Der Abg. Graf Schwerin hat schon im Allgemeinen den Standpunkt dargelegt, den unsere Partei in dieser Frage einnimmt, und wenn ich auch in manchen Punkten eine Verringerung der von der Regierung geforderten Summe wünsche, so ist für mich die Hauptsache doch jetzt die, daß das Vaterland in Gefahr ist, und in einer solchen Lage werde ich jedem Ministerium Geld bewilligen. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß, wenn die Landesvertretung das Recht hat, Gelder zu bewilligen und zu verwerfen, sie auch das Recht hat, sich um die ihr zweckmäßig scheinende Verwendung derselben zu bekümmern und dadurch möglicherweise auf die auswärtige Politik einen Einfluß auszuüben.

Abg. Reichensperger: Ich bin kein absoluter Gegner der Militär-Reorganisation, und lege mir also die Frage vor, welche Bedeutung eigentlich den Commissionsanträgen beizulegen sei. Da drängt sich mir denn die Ueberzeugung auf, daß, wenn gleich das Recht der Geldbewilligung ein fundamentales Recht der Landesvertretung ist, dieselbe doch nicht bloß Rechte habe, sondern auch Pflichten — mag von diesen letzteren auch nichts in der Verf.-Urkunde geschrieben stehen. Und nur weil man dessen nicht stets eingedenk gewesen ist, hat ein beständiges Schwanken zwischen Anarchie und Absolutismus stattfinden können. Das zu scharf angespannte Budgetrecht kann nicht heilsam wirken für unser Land, denn man darf nicht vergessen, daß das Verfassungsleben bei uns noch nicht so feste Wurzeln hat, wie etwa in England, sondern, daß es nur als ein schwacher Ableger jener fremden Eiche in unserem Boden, der ja nur Sandboden, verpflanzt worden ist.

Die Majorität muß besonders gewarnt werden vor Selbstüberschätzung; denn erstlich ist die demokratische Gesinnung keineswegs so allgemein, wie man vorgiebt, und sodann frage ich: was hat denn den heutigen Liberalismus überhaupt bei uns geweckt, wenn nicht das Wort der Krone? Ohne dieses Wort wäre vielleicht bis zu dieser Stunde das Ministerium Manteuffel am Ruder. Ja, noch mehr: die gegenwärtige, der Staatsregierung feindliche Majorität des Hauses ist nur ein Geschöpf des Ministeriums, welches den Bogen zu scharf gespannt, so daß das Land irrthümlich geglaubt hat, es sei die beste Politik, die schärfsten Gegner des Ministeriums in dieses Haus zu schicken. Ich meine daher, Sie, von der Majorität, sollten der von der Krone ausgegangenen liberalen Bewegung nicht mit Undank lohnen. Zur Sache selbst führt der Redner aus, daß das Staatsministerium die gegenwärtige schwierige Lage nur als Erbschaft des Ministeriums der neuen Aera überkommen habe, und daß, um aus dieser Lage herauszukommen, von beiden Theilen verschiedene Schritte zurückgethan werden müßten. Beide Theile hätten sich Rücksichtslosigkeiten zu Schulden kommen lassen, und das Ministerium überdies dadurch ein formelles Unrecht auf sich geladen, daß es nicht eine Indemnitätserklärung beantragt habe, nachdem seinerseits gewisse, vom Hause nicht bewilligte Summen verausgabt worden wären. Niemand werde leugnen, daß unsere zweijährige Budgetlosigkeit sich nicht im Einklange befinde mit der Verfassung; aber die Commission und mit ihr das Haus könnte viel zur Lösung der Schwierigkeit durch die Erklärung beitragen, es walte nicht die Absicht ob, schlechthin zu streichen, blos um der Staatsregierung entgegenzuwirken.

Wenn dem gegenüber die Regierung auf die Forderung der zweijährigen Dienstzeit, welche nach meiner und des Landes Stimmung das Wichtigste ist, einginge, so könnte das Haus sich immerhin bereit finden lassen, die Geldforderungen der Regierung zu bewilligen. Es ist zu bedauern, daß die Commission nicht diesen guten Willen gezeigt hat; ich selber habe mich eines dahin zielenden Antrages enthalten, weil meine Erfahrungen mir sagen, daß Sie (die Majorität) ihn doch verwerfen würden. — Nachdem Redner noch angedeutet, daß eine Besteuerung der nicht zur Armee Eingezogenen zu Gunsten der Eingezogenen zweckmäßig sein würde, fährt er fort: Jetzt wird es sich zeigen, ob das Haus ein klares, richtiges Bewußtsein seiner Rechte und seiner Pflichten hat, jetzt, da es sich um die Bewilligung oder die Ablehnung der Regierungsforderungen handelt. Ich selber erkläre im Voraus, daß ich für meine Person auch auf diesem Gebiete einen billigen Vergleich dem fettesten Rechtsstreite vorziehe.

Abg. Graf Eulenburg: Das Wort, daß die Militärfrage zu einer Rechts- und Verfassungsfrage angewachsen ist, findet seinen Ausdruck in dem Eingange des Commissionsberichtes. Dieser vindicirt der Landesvertretung das Recht, Ausgaben zu bewilligen, und die Pflicht, von diesem Rechte im gegenwärtigen Falle nach einer bestimmten Richtung hin Gebrauch zu machen. Es ist aber zu unterscheiden, ob es sich um Positionen handelt, welche auf einer rechtlichen Verpflichtung des Staates basirt sind, oder um solche Positionen, die die Regierung auf neue Ausgaben verwenden will. Ich bin nach einem Rückblick auf die parlamentarische Geschichte der Reorganisation fest überzeugt, daß bei der Bewilligung der ersten Posten weder die Regierung noch die Bewilligenden daran gedacht haben, daß es sich nur um eine „vorübergehende" Einrichtung handle. (Lebhafter Widerspruch links.) Dadurch hat die Volksvertretung gleichsam eine moralische Verpflichtung übernommen, die für die Reorganisation nothwendigen Geldmittel zu bewilligen. Ein Rückgängigmachen der Reorganisation wäre die Auflösung der Armee und würde die Wehrlosmachung des Landes herbeiführen. Nicht Alle, die gegen die Reorganisation sind, wollen die Armee auf den Zustand von vor 1859 zurückführen; — zum Beweise dafür verliest Redner einige Stellen aus einer Rede des Abg. für Waldenburg (damals für Berlin), Twesten, im Herbst 1862. Die Reorganisation ist, schließt der Redner mit den Worten der kgl. Thronrede vom Jahre 1862, bestimmt, das Land sicher zu stellen, und deshalb halte ich es für meine Pflicht, dafür zu stimmen.

Abg. v. Stavenhagen (auf der Journalistentribüne leider nur theilweise verständlich). Ich erkenne mit Vergnügen an, daß der Hr. Vorredner von seinem Standpunkte aus die Majorität des Abgeordnetenhauses einer sehr billigen Beurtheilung unterworfen hat. Er befindet sich aber in einer sehr starken, wenn auch durch die Neuheit seines Mandats entschuldbaren Täuschung, wenn er meint, daß die Volksvertretung bei ihrem Votum im Jahr 1860 sehr gut gewußt habe, daß sie zu dauernden Einrichtungen Geld bewillige. Ich, als damaliger Referent über den Militäretat kann ihm die Versicherung geben, daß damals Niemand daran gedacht hat, und als von einer Seite derartige Befürchtungen erhoben wurden, habe ich entgegnet: Wenn man befürchte, das Geld werde für dauernde Ausgaben verwendet werden, dann müßte man die Minister nicht für ehrliche Männer halten (Hört! hört). Der Abg. Reichensperger hat das Ministerium damit zu entschuldigen gesucht, daß es die Reorganisation als „Erbschaft" überkommen habe; er scheint aber zu vergessen, daß in dieser Erbschaft der Herr Kriegsminister mit einbegriffen ist (Heiterkeit, Bravo). Derselbe Abgeordnete hat zugleich die Bemerkung gemacht, ein magerer Vergleich sei besser als ein fetter Prozeß. Ich gebe das gern zu, aber zu einem Vergleich gehören doch immer zwei (Zustimmung).

Die Regierung hat zwar offiziell und nicht offiziell zu verschiedenen Zeiten den Wunsch nach Verständigung ausgesprochen, aber wenn ein solcher Wunsch aufrichtig gemeint sein soll, dann muß auch von jeder der beiden Seiten etwas nachgelassen werden. Die Staatsregierung hat aber nichts Wesentliches von dem nachgelassen, was sie der Hauptsache nach vom Hause verlangt hat. Die neueste Vorlage der Regierung enthält im Wesentlichen alles das, was schon im Jahre 1860 verlangt worden ist. (Zustimmung). Wenn endlich der Abg. Reichensperger meint, in auswärtigen Fragen müsse die Landesvertretung die von der Regierung geforderten Gelder ohne Bedingung bewilligen, so muß ich diesen Grundsatz doch ganz entschieden bekämpfen. Wenn das Ministerium Geld zu einer Politik verlangt, von der ich überzeugt bin, daß sie das Land in Gefahr bringe, ja in's Verderben stürzen kann, so bin ich verpflichtet, das Geld zu einer solchen Politik zu verweigern. Es wäre ja nicht unmöglich, daß der Herr Ministerpräsident nach einigen Wochen vielleicht von uns 30 Millionen fordern könnte, um die übrigen deutschen Staaten mit Gewalt zu seiner Politik zu bekehren. Und wenn Galgen und Rad ein verneinendes Votum bedrohten, würde ich die Mittel zu einer solchen Action verweigern. (Lebhaftes Bravo).

Der Referent hat mit Unrecht heute behauptei, es könne in dieser Frage nichts Neues mehr angeführt werden; denn von dem Abg. Frhrn. v. d. Heydt haben wir heute Blitznagelneues gehört. (Allseitige Heiterkeit und Zustimmung.) Ich war heute auch nicht wenig überrascht, den geehrten Herrn Abgeordneten in so brüderlicher Gemeinschaft mit dem Herrn Kriegsminister zu sehen, die ich gerade in der Reorganisationsfrage für feindliche Brüder gehalten habe. (Heiterkeit.) Der Herr Kriegsminister hat heute wieder die Reorganisationsfrage mit der Pflicht der Selbsterhaltung des Staates in Verbindung gebracht; es ist dies das alte bequeme Feld der subjectiven Willkür, das immer betreten wird, wenn das Ministerium anderer Meinung wie das Haus ist. (Bravo.) Es ist auch von ihm die Behauptung wiederholt worden, die Reorganisation enthalte eine Erleichterung für die älteren Jahresklassen der Landwehr. Diese angeblichen Vortheile der Reorganisation beruhen auf einer reinen Täuschung; diese Erleichterungen hängen lediglich von einer höheren Rekrutirung ab und würden auch dann eingetreten sein, wenn an der gesetzlichen Heeresorganisation von 1859 nicht ein Titelchen geändert und die Aushebung von 45,000 auf 60,000 Mann erhöht wäre. (Bravo und Zustimmung.) Endlich muß ich auch den vom Kriegsmister dem Hause gemachten Vorwurf der Tendenzpolitik zurückweisen. Das Haus hat keine Vorlage der Regierung, die es an und für sich für heilsam gehalten, abgelehnt, nur weil sie von diesem Ministerium ausgegangen ist. Das allerdings gebe ich dem Herrn Minister zu, daß wir bereit sind, Alles zu thun, was dieses Ministerium zu beseitigen im Stande ist. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. v. Mitschke-Collande vertheidigt die Heeresorganisation; so viel bei der Unruhe und der Conversation im Hause zu verstehen ist, behauptet der Redner, die Reorganisation habe im Lande darum keinen Beifall gefunden, weil man geglaubt habe, sie solle die Landwehreinrichtung, welche 1813, 14, 15 das Vaterland gerettet habe, verdrängen; seitdem man sich aber überzeugt habe, daß die Landwehr noch eben so wie früher in Function bleibe, habe man sich im Lande für die neue Einrichtung begeistert. Im Kriege werde auf die Landwehr ganz gewiß zurückgegangen werden, aber in unserer jetzigen Zeit müßten Demonstrationen gemacht werden (Gelächter), und dazu könne man die Landwehr nicht brauchen. (Sehr richtig!) — Die Unruhe im Hause wächst während der Fortsetzung der Rede so bedeutend, daß nur noch einzelne Worte und Zahlen zu verstehen sind, aus welchen hervorgeht, daß Redner die Stärke und die Kosten der Armee zu verschiedenen Zeiten mit der Bevölkerungsstärke des Landes vergleicht und danach den gegenwärtigen Zustand für einen vergleichsweise vortheilhaften hält.

Abg. Schulze (Berlin): Gegen die Gegner des Commissions-Antrages müssen wir geltend machen: wir berathen hier den Friedensetat, und wollen nicht darüber entscheiden, ob einem großen Kriege gegenüber der geforderte Militäretat genüge. Gegen den Kriegsminister muß ich einwenden, daß die Entscheidung des Hauses in der jetzt schwebenden Frage nicht erst in den

Commissionen hat entschieden zu werden brauchen; ich glaube, es ist kein Mitglied in diesem Hause, das, wie die Sachen jetzt liegen, nicht schon bei seinem Eintritt in seinem Urtheil über die zur Entscheidung liegende Angelegenheit mit sich einig gewesen wäre. (Beifall.) Die Commission hat sich die Frage selbst vorgelegt, ob man unter den jetzigen Verhältnissen trotz der gestrichenen Reorganisationskosten die Desorganisation der Armee zulassen dürfe. Diese Frage ist bereits in den Commissions-Berichten und Debatten des Jahres 1862 verneinend entschieden worden und es ist ungerechtfertigt, wenn der Kriegsminister uns diese Ansicht imputirt. (Bravo!) Der Herr Minister hat uns ebenso zugerufen, wir trieben in unseren Agitationen ein hohes und gefährliches Spiel.

M. H., wo es sich um die Schaffung eines Verfassungsstaates gehandelt hat, da haben sich die Ereignisse noch niemals glatt und ruhig entwickelt, und ich möchte doch meinen, daß der uns gemachte Vorwurf doch eben so oft der entgegenstehenden Seite zu machen gewesen sei; auch von der andern Seite sei manchmal ein hohes Spiel getrieben worden. (Lebhafter Beifall.) — Unsere Verfassung gibt uns das Steuerbewilligungsrecht nur sehr bedingt; wir haben über neue Steuern und Anleihen, welche ja auch nur vorweg genommene Steuern sind, zu entscheiden, und in dem Augenblicke, wo wir unser geringes Recht ausüben wollen, um dadurch auf die auswärtige Politik einzuwirken, wird es uns streitig gemacht. Der Abg. Reichensperger hat gesagt, der Anstoß zur freien staatlichen Entwickelung Preußens sei von oben ausgegangen; ich glaube, in meinem und meiner Freunde Namen gegen solche geschenkte Freiheiten protestiren zu müssen; wenn irgend ein Volk ein Anrecht auf Freiheit und Verfassung hat, so ist es das preußische, welches sich die Zusage derselben in der Stunde der höchsten Gefahr durch die größten Opfer für König und Vaterland erworben hat. (Lebhaftes Bravo.)

Der zum drittenmale beantragte Schluß der Debatte wird nunmehr angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen: Abg. v. d. Heydt verwahrt sich gegen die ihm von dem Abg. Twesten und Stavenhagen gemachten Vorwürfe und geht unter großer Unruhe des Hauses auf die Auffassung ein, von der er sich als Mitglied des Staatsministeriums hat leiten lassen. — Ruf: „das ist keine persönliche Bemerkung." — Vicepräsident v. Unruh ersucht, das Urtheil darüber ihm zu überlassen. — Abg. v. d. Heydt fährt fort: Was die Budgetlosigkeit betreffe, so nehme an diesem Verbrechen jeder Abgeordnete Theil, der sich seine Diäten, jeder Beamte, der sich sein Gehalt zahlen lasse. (Heiterkeit.) Es sei eine ganz falsche Auffassung seines Austritts aus dem Ministerium, wenn man ihn und den Kriegsminister hier als die „feindlichen Brüder" dargestellt habe; sein sehnlichster Wunsch sei es wenigstens gewesen, in Gemeinschaft mit demselben diese hochwichtige Angelegenheit zum Abschluß zu bringen.

Abg. Graf Schwerin: Er wolle jene Latitude, welche dem Vorredner in Bezug auf seine persönliche Bemerkung gestattet worden sei, seinerseits nicht in Anspruch nehmen, um dessen schon oft entwickelte Budgettheorie zu widerlegen. Er und seine Freunde hielten die Reorganisation für ein an sich gutes Werk; seine Hinweisung auf die kriegerischen Verwickelungen sollen nicht die Bedeutung haben, als läge in denselben das Motiv für ihre Abstimmungen; sie seien principiell für dieselbe. Die gegenwärtige Lage könne also höchstens adminikulirende Gründe bieten. Was die Vorwürfe betreffe, welche der Abg. Reichensperger auf die „neue Aera" geschleudert, als habe sie den Verfassungsconflict verschuldet, so sei er bereit, seine Wirksamkeit als Minister jeder Zeit zu vertreten; ad vocem „Erbschaft" wolle er bemerken, daß der Erblasser doch unmöglich die Verantwortlichkeit für den Gebrauch trage, welchen der Erbe von der Erbschaft mache. (Sehr gut! Heiterkeit.)

Vicepräsident v. Unruh: Er halte es für seine Pflicht, Abgeordneten, welche wegen ihrer Wirksamkeit als frühere Mitglieder des Staatsministeriums angegriffen worden wären, eine Vertheidigung gegen diese Angriffe im Wege der parlamentarischen Bemerkung zu gestatten. — Abg. Reichensperger: Er habe nicht von der Verfassung, sondern von dem Aufschwung, welchen die altliberale Partei in neuester Zeit genommen, gesagt, daß er durch das Wort Sr. Maj. ins Leben gerufen worden sei.

Abg. Jung verwahrt sich dagegen, als habe er die gänzliche Beseitigung der Verfassung für das Wünschenswerthere erklärt; er habe nur aus der Anschauung des Kaisers Nicolaus heraus deducirt, daß es der Consequenz entsprechen würde, wenn das Ministerium endlich die constitutionelle Maske fallen ließe.

Berichterstatter, Baron Va[illegible]: Was ich noch hätte hinzufügen können, das ist von den Vorrednern schon beigebracht worden, und ich habe dem Abg. für Ziegenrück nur zu entgegnen, daß, wie er selber, als ehemaliger Finanzminister, am Besten zu würdigen wissen wird, dauernde Bewilligungen nur im Ordinarium geschehen, während im Jahre 1861 die Kosten der Reorganisation ausdrücklich nur im Extraordinarium bewilligt worden seien. Die Bewilligung ist um deshalb nur eine einmalige gewesen.

Niemand hat das Recht, daraus zu deduciren, daß das Haus, die Reorganisation als dauernde bewilligt habe, und sich darauf zu berufen, daß damals „kein Widerspruch" stattgefunden habe. Dem Herrn Kriegsminister entgegne ich, daß dieses Haus nicht gegen die Armee, welche die Nation als ihr theuerstes Gut betrachtet, nichts gegen das Vaterland thut, sondern daß es einzig und allein nur die Herstellung des legalen Zustandes will. Was ich früher gesagt, wiederhole ich auch heute noch: wenn im Jahre 1860 das Reorganisationsgesetz verfassungsmäßig vereinbart worden wäre, so befänden wir uns nicht in dem gegenwärtigen Conflicte, den wir Alle tief beklagen. Wir haben bis zum Jahre 1861 eine gute Armee gehabt mit einem Budget von 33 Millionen, und diese Armee hat man engetastet, um an ihre Stelle die Einrichtungen der Reorganisation unter bedeutend höheren Geldforderungen zu setzen. Ich empfehle Ihnen die Commissions-Anträge anzunehmen.

Die Spezialdebatte wird auf morgen vertagt.

Der Handelsminister Graf Itzenplitz bringt nunmehr die beiden, bei Beginn der Sitzung angekündigten Eisenbahnvorlagen ein. Die erste enthält eine 4prozentige Zinsgarantie für den auf 11 Millionen veranschlagten, von der Rheinischen Eisenbahngesellschaft übernommenen Bau einer Eisenbahn von Trier nach Call durch die Eifel; die zweite einen Zuschuß à fonds perdu von 140,000 Thlr. für die Eisenbahn von Insterburg nach Tilsit (8 Meilen) und von 12,000 Thlr. pro Meile für die (etwa 30 Meilen lange) Eisenbahn von Pillau über Königsberg nach Lyck. Diese Bahn habe eine große Zukunft, sie solle später nach Grodno zum Anschluß an die Warschau-Petersburger Bahn weitergeführt und bis nach Pinsk, an den Zuflüssen des Dniepr gelegen, verlängert werden.

Beide Vorlagen gehen an dieselbe Kommission, wie die am Beginne der Sitzung eingebrachten. — Schluß der Sitzung: 3¾ Uhr.

Nächste Sitzung: morgen 10 Uhr. — T.-O.: Spezialdebatte über den Militär-Etat und einige kleinere Commissionsberichte über Provinzialgesetze.

Berlin, 11. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Den Geheimen Rechnungsrath im Ministerium des königl. Hauses und ersten Tresorier Geiling, unter Belassung in dieser Stellung, zugleich zum Verwalter und Rendanten Allerhöchstihrer Schatulle zu ernennen; so wie dem Geheimen expedirenden Secretär Jacob Rudolph Merten, dem Geheimen Registrator Leopold Vormeng und dem Geheimen expedirenden Secretär Hermann Friedrich Hugo Oertel, sämmtlich vom Handels-Ministerium, den Charakter als Kanzleirath zu verleihen.

Das dem Maschinen-Fabrikanten Emil Perels zu Berlin unter dem 4. September 1861 ertheilte Patent auf eine durch Beschreibung und Zeichnung erläuterte Kartoffelernte-Maschine ist aufgehoben.

Zu Bank-Rendanten sind ernannt: Der Buchhalter Gnade, erster Vorstands-Beamter der Bank-Commandite zu Thorn, der Buchhalterei-Assistent Bückling, erster Vorstands-Beamter der Bank-Commandite zu Elbing, der Buchhalterei-Assistent Lehrs, zweiter Vorstands-Beamter des Bank-Comptoirs zu Danzig, und der Buchhalterei-Assistent Faelligen, erster Vorstands-Beamter der Bank-Commandite zu Siegen.

Zu Bank-Kassirern sind ernannt: Der Buchhalter Schiller, zweiter Vorstands-Beamter der Bank-Commandite zu Elberfeld, der Buchhalterei-Assistent Schmidt I., zweiter Vorstands-Beamter der Bank-Commandite zu Elbing und der Buchhalterei-Assistent Fischer, zweiter Vorstands-Beamter der Bank-Commandite zu Siegen. (St. A.)

Berlin, 11. Jan. [Se. Majestät der König] nahmen im Laufe des gestrigen Tages die Vorträge des Militärkabinets und des Ministerpräsidenten entgegen. Auf die Meldung von dem Durchmarsch von drei Proviant-Kolonnen, einem Feldlazareth und einer Krankenträgerkompagnie traten Se. Majestät aus dem Palais heraus und ließen die genannten Truppenkörper vor sich vorbeimarschiren.

Später empfingen Se. Majestät in Audienz den Geheimen Ober-Tribunalsrath Dr. Heffter und den Generaldirekter von Olfers mit dem Kommerzienrath Flatau, welcher ein Oelgemälde an die zukünftige Nationalgallerie geschenkt hat und dasselbe Sr. Maj. vorstellte.

Heute nahmen Se. Majestät die militärischen Meldungen in Gegenwart des Kommandanten und den Vortrag des Civilkabinets entgegen und ertheilten dem königl. Gesandten in Kassel, Prinzen Heinrich VII. Reuß, eine Audienz.

— [Ihre Majestät die Königin] waren am Sonnabend in dem zweiten Vortrage des wissenschaftlichen Vereins anwesend, und wohnten gestern dem Gottesdienste im Dom bei. Das Familiendiner fand bei Ihren königl. Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin statt. (St.-A.)

K. C. **Berlin,** 11. Januar. [Die Anleihe-Commission] hat nicht, wie irrthümlich gemeldet, den Abg. v. Forckenbeck sondern den Abg. Aßmann statt des erkrankten Herrn v. Sybel zum Referenten gewählt; der Abg. v. Forckenbeck ist bereits mit anderen Referaten vollauf beschäftigt.

Die neueste, am Sonnabend eingegangene Erklärung des Staatsministeriums in Bezug auf das Requisitionsrecht der Untersuchungs-Commission des Hauses der Abgg. hat die Commission in keiner Weise befriedigt; das Staatsministerium beharrt dabei, das genannte Recht nicht anzuerkennen.

Die Commission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs wegen „Ergänzung" des Art. 99 der Verfassung hat vorgestern den Bericht des Referenten Abg. Gneist entgegengenommen und genehmigt.

[Die londoner Conferenz.] Wie die „B.- u. H.-Ztg." aus guter Quelle erfährt, hat der englische Botschafter am Sonnabend aus London die Nachricht erhalten, die Conferenz in der deutsch-dänischen Streitsache werde wahrscheinlich zu Stande kommen und in London abgehalten werden. Man nimmt hiernach an, Frankreich habe seine Zurückhaltung aufgegeben und sich zustimmend geäußert. Der Zustimmung der übrigen Mächte, welche den londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 unterzeichnet haben, glaubte man schon früher gewiß zu sein.

[Eine neue Preßverordnung.] Umlaufende Gerüchte bereiten darauf vor, daß die Regierung nach der allem Anschein nach bald bevorstehenden Schließung des Landtags eine neue Preßverordnung erlassen werde. Am Donnerstag beginnt bekanntlich die Berathung des dem Landtage vorgelegten Preßgesetz-Entwurfs im Herrenhause; man vermuthet deshalb, daß der aus diesem Hause hervorgehende Entwurf Aussicht hat, in dem gedachten Falle als königl. Verordnung publicirt zu werden.

Deutschland.

Hamburg, 9. Jan. [Die Bundescommissare und die Preßfreiheit.] Auf die Bitte des Herausgebers der „Zeit" an die Bundescommissare, das Verbot dieses Blattes zurückzunehmen, geht demselben heute folgendes Schreiben zu, welches wir hier ohne Commentar mittheilen:

Auf Ihre Eingabe vom 5. d. Mts. haben Wir Ihnen zu erwidern, daß Uns im Hinblick auf die ganze Haltung des in Ihrem Verlage erscheinenden Blattes „Die Zeit", in welchem — wie dies namentlich in der Nummer vom 2. d. M. geschieht — offen zum Ungehorsam gegen Unsere Anordnungen, wie zur Vertreibung der mißliebigen holsteinischen Beamten aufgefordert wird, nicht veranlaßt finden können, gegen die Verbreitung der fraglichen Zeitschrift einmal bestehende Verbot jetzt wieder aufzuheben.

Altona, den 7. Januar 1864.

Die Bundes-Commissarien für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg.
v. Könneritz. Nieper.

Kiel, 10. Jan. [Die Gerüchte über Zurückweisung oder gar Wiederauslieferung dänischer Deserteure] durch die Bundestruppen haben sich glücklicherweise nicht bewahrheitet. Das Gerücht hätte überall im Lande große Beunruhigung hervorgerufen. Ueber die Stellung, welche die Besatzung Rendsburgs zu der Sache einnimmt, erfahre ich, daß der gegenwärtige Bundes-Commandant in Rendsburg, Oberst v. Bornsberg, erklärt hat, die Bundestruppen könnten keine dänische Deserteure annehmen, da kein Krieg sei, aber sie lieferten die Ueberläufer auch nicht aus, denn das sei reine Polizeisache, in welche sie sich nicht zu mischen hätten.

Schleswig, 8. Januar. [An den Fortifikationen in der Dannevirkestellung] wird noch beständig gearbeitet. In diesen Tagen ist eine große Anzahl Arbeiter damit beschäftigt, die Hecken und Wälle vor der Stellung in größerem Abstand zu schleifen und die Gräben auszufüllen. (Fl. Z.)

Schleswig, 10. Jan. [Die dänische Streitmacht] beginnt sich immer mehr und mehr in unserer Stadt und ihrer Umgegend zu concentriren, bis jetzt mag die Stärke der Armee, soweit sie sich hier gesammelt, gegen 14,000 Mann betragen. Die Stadt ist überfüllt mit Einquartierung, so daß auch die zur Miethe Wohnenden zum Quartiergeben herangezogen werden. Die Durchschnittszahl der Soldaten, welche ein Hausbesitzer beherbergen muß ist 10—15 Mann, einzelne sind mit Viertel- und Drittel-Compagnien bedacht worden. So hat ein hiesiger Kaufmann 72 Mann im Quartier, also mehr als eine Drittelcompagnie. Auch in das adelige, von Einquartierung sonst befreite St. Johanneskloster sind 100 Mann gelegt worden. Die „Freiheit" dem Kloster gegenüber, hat man mit fünf 84-Pfündern armirt, wie denn auch die Aufstellung colossaler Baracken im Dannewerk keineswegs auf die Absicht schließen läßt, ohne einen erbitterten Kampf Schleswig aufzugeben. Bis jetzt sind vier solcher hölzerner Baracken aufgestellt worden, jede im Werthe von 21,000 Bankthalern und für 1000 Mann berechnet. Man bringt die Armee auf vollständigen Kriegsfuß und ruft sogar die 35jähr. Leute von Familie, Haus und Hof hinweg und zu den Fahnen ein. Die rüstigste Arbeits- und Steuerkraft wird dem Lande entzogen und diesem dabei fast unglaubliche Lieferungsleistung auferlegt. Es ist unmöglich, daß diese geschraubten Zustände lange so fort gehen können. Die Trainmannschaft ist auf die respectable Höhe von 2500 Mann gebracht worden. Man hofft allgemein, daß, wenn es zu Feindseligkeiten kommen sollte, der Beginn derselben sich bis zum Frühling verschleppen wird. Man frohlockt darüber, denn man weiß sehr wohl, daß der Frost der beste Verbündete den deutschen Truppen sein würde. — Die Disciplin ist hier bedeutend gelockerter als drüben auf Alsen, wo die strengste Mannszucht herrscht. Man will die ohnehin fortgesetzt mit Erdarbeiten beschäftigten Leute nicht erbittern. Die dänischen Verwaltungsbehörden beabsichtigten die Realschule, welche sich deutsche Bürger bauten, um ihren Söhnen eine deutsche Erziehung zu geben, in ein Lazareth zu verwandeln, eine Zumuthung, die energisch und mit Erfolg zurückgewiesen wurde. (H. N.)

Aus Jütland, 7. Januar. [Friedericia.] Seit dem Frühjahr 1861 an ist beständig an der Erweiterung und Vervollständigung der Festungswerke bei Fridericia gearbeitet worden. In der letzten Zeit sind diese Bauten mit größerem Eifer betrieben worden, sowohl von Militär- als Civilarbeitern. Besonders wird die Verpallisadirung vervollständigt und soll ein Entrepreneur über 100 Zimmergesellen in Arbeit haben.

Frankreich.

Paris, 8. Jan. [Finanzielles. — Die Italiener.] Drei Milliarden und einhundert vier und vierzig Millionen! So hat Herr Berryer in einer Rede, deren Glanz alle parlamentarischen Thaten dieses Veteranen der Tribüne verdunkelt, den Gesammtbetrag der seit zwölf Jahren contrahirten Anleihen berechnet. Der Eindruck der Rede war um so gewaltiger, als die imposante Ziffer und die Klarheit der Darstellung durch die gemäßigte Sprache eines Mannes, der von sich sagte, er habe von der Zukunft nichts zu fürchten und nichts zu hoffen, eine Beglaubigung erhielt, die bei einem leidenschaftlichen Redner vielleicht vermißt worden wäre. Fould erhielt eine Anerkennung, die ihn schmerzlicher getroffen haben wird, als der schärfste Tadel. Berryer kam auf den berühmten Finanzbericht zu sprechen, der eine Reihe von Aenderungen im Finanzsystem als unabweislich bezeichnet hatte, und knüpfte sein Bedauern daran, daß diese Veränderungen unterblieben seien, die den Ruin des Landes abgewandt haben würden. Der rauschende Beifall, der am Schlusse den Redner belohnte, ist aber auch Alles, was er von der Legislative zu erwarten hat. Die Hände haben dem Redner applaudirt, das Votum wird der Applaus für die Regierung sein. Aber schlimm stehen die Dinge darum doch. — Noch immer ist von den vier Italienern die Rede, die sich hinter Namen verbergen, die offenbar nicht die ihrigen sind. Die Namen Greco, Trabucco, Maspoli, Imperatori würden wie Carneval klingen, wenn wir es nicht mit einer Maskerade zu einem sehr tragischen Tanze zu thun hätten. Zwei der „Italiener" sollen Polen seien.

Paris, 10. Jan. Die Reise des Marschalls Forey nach Miramare findet vorläufig nicht statt. Die mexicanische Thronfrage ist wiederholt Gegenstand der Berathungen des Ministerrathes unter Vorsitz des Kaisers gewesen. Der Kaiser beharrt bis jetzt fest in der eingeschlagenen Richtung. Die Zugeständnisse auf die vom Erzherzog Ferdinand Max gestellten Bedingungen werden von Eingeweihten als annehmbar bezeichnet. Man erwartet in den nächsten vierzehn Tagen von belden Seiten entscheidende Erklärungen.

Provinzial-Zeitung.

** **Breslau,** 12. Jan. [Die Hauptfeuerwache] war gestern Abend erst kurze Zeit von der Weidenstraße (s. das heutige Morgenbl. der Bresl.-Ztg.) zurück, als sie abermals alarmirt wurde. Diesmal aber erforderte es einer mehrstündigen Arbeit, ehe das durch Unvorsichtigkeit in dem Keller des Hauses Ursulinerstraße 21 entstandene Feuer bewältigt werden konnte.

Breslau, 12. Januar. [Polzeiliches.] Abhanden gekommen: Klosterstraße Nr. 89 aus einer Wohnung ein Sparkassenbuch, ausgestellt auf Pauline Rieścher, gegenwärtig über zwanzig Thaler lautend; neue Schweidnitzer-Straße Ne. 14 ein werthvoller mit fünf Brillanten verzierter Damenring.

Verloren wurden: ein reformirtes Gesangbuch mit Sammteinband, Goldschnitt und den Buchstaben in Gold E. R. 1859; eine Damentasche (sogen. Margarethentasche) von schwarzem Sammt mit Stahlperlen und Stahlkette.

Angekommen: Baumgart, Oberst-Lieutenaant und Regiments-Commandeur, aus Gleiwitz. Marquise D'Abzac aus Dyhernfurt. Graf von Kalkreuth, Oberst u. Regiments-Commandeur, a. Beuthen. v. Strotha, Oberst-Lieutenant und Regiments-Commandeur, aus Kreu-burg. (Pol.-Bl.)

△ **Breslau,** 11. Jan. [Schwurgericht.] Die Spitzbuben haben so gut wie die ehrlichen Leute ihre Saison, die sie auf dem Lande verleben. Dieselbe beginnt wie in England im Herbst, weil zu dieser Jahreszeit die ländlichen Arbeiten beendet sind; denn für den englischen Lord wie für unsere Diebe ist das Hauptmotiv des Landlebens die Jagd, dort auf simulirte Füchse, hier auf reelere Dinge, als Betten, Kleider rc., welche der Landmann sich vom Ertrage der Ernte neu angeschafft hat. Die Abenteuer einer solchen Jagdgesellschaft eröffneten heute den Reigen der Verhandlungen. Der Tagearbeiter Carl August Püschner von hier ist der Nimrod, welcher mit einer Gefährtin, der unverehel. Johanne Auguste Körnig aus Benkau, höchst unternehmender Streifzüge bis über das Gebiet unserer Stadt hinaus angeklagt ist. Von hier aus, wo der Stützpunkt ihrer Operationen war, suchten sie im September v. J. die Dörfer Oswitz, Schottwitz und Groß-Weigelsdorf heim, und erleichterten mehrere Bewohner derselben, als den Arbeiter Kochlöffel, die Frau Wiesner und die Frau Jäschke um bedeutende Quantitäten Betten, Kleider und Hausgeräth.

Da diese Diebstähle mit Einbruch resp. Einsteigen verbunden waren und die Geschwornen sie derselben für schuldig erkannten, so wurden beide Angeklagten mit Rücksicht auf ihre Vorstrafen wegen wiederholten neuen schweren Diebstahls zu je acht Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht auf dieselbe Dauer verurtheilt. Die verehel. Handelsfrau Mann, welche gestohlene Sachen von ihnen gekauft hatte, erhielt wegen einfacher Hehlerei 6 Monate Gefängniß, wogegen die verehel. H., welche ebenfalls der Hehlerei angeklagt war, für nichtschuldig erklärt und demgemäß freigesprochen wurde.

Demnächst erschien auf der Anklagebank ein kleines mageres Männchen im knappen grauen Röckchen, von blasser Gesichtsfarbe, hoher kahler Stirn und spitzer Nase, das mit schüchterner Stimme sein offenes Geständniß ablegt. Es ist ein Schneiderlein, wie es im besten Mährchenbuche nicht besser geschildert werden kann, und hat auch einen ganz romantischen Namen, nämlich: Attin. Seinem gutmüthigen, jetzt etwas bestürzten Gesichte sieht man es gleich an, daß er trotz des groben Verbrechens, dessen er angeschuldigt ist, kein Zeug zu einem „groben Verbrecher" hat, und wirklich ist es auch nur ein bodenloser Leichtsinn, der ihn auf den fatalen Platz geführt hat. Er ist des wissentlichen Gebrauchs eines falschen Wechsels und einer gefälschten Urkunde angeklagt. Als ihn der Präsident fragt, ob er schon bestraft sei, antwortet er mit „Ja", und seine Antwort auf die weitere Frage, weswegen er schon bestraft sei, ruft selbst auf den ernstesten Gesichtern ein Lächeln hervor; denn er sagt sehr richtig: „Weil ich nicht rechtzeitig appellirt habe" Obgleich nun Attin ein sehr gutmüthiger Charakter zu sein scheint, so ist es fast doch unglaublich, daß Jemand so viel Vertrauen in seine Solidität setzen konnte, um, wie der Bauerguts-besitzer Heilmann in Hünern ihm einen Wechsel von 120 Thlr. zur Einkassirung anzuvertrauen. Attin erhob dieses Geld bei dem Partikulier Hitze hierselbst, flanirte damit in der Tasche auf den Neumarkt, wo er einen guten Freund, den jetzt verstorbenen Schuhmachermeister G. traf, und nun ging es aus einer Kneipe in die andere, „schwarze Krähe", „weiße Tauben", und wie sie alle heißen mögen, so daß Attin, als er am späten Abend in die Federn sank, etwas „schwer" war.

Wer beschreibt aber seinen sehr nüchternen Schrecken am andern Morgen, als er alle seine Taschen umdrehte und in keiner auch nur einen Heller von der gestern erhobenen Summe von über 100 Thlr. fand. Er hatte sie in der Betrunkenheit entweder verloren oder sie war ihm gestohlen. Sofort eilt er zu G., um sich dort Rath zu holen, und dieser fertigt ihm einen falschen Wechsel, auf einen Bauergutsbesitzer in der Umgegend Breslau's lautend und mit dem Accept desselben so wie mit dem Giro eines anderen versehen, an. Attin machte in seiner Angst davon Gebrauch, statt dem Heilmann sich offen zu entdecken, benutzte das Vertrauen, welches er sich bei dem Partikulier Hitze durch die Einkassirung des Heilmann'schen Wechsels erworben hatte, und verkaufte diesem den gefälschten Wechsel, von dessen Valuta er Heilmann befriedigte. Als nun die Verfallzeit des gefälschten Wechsels herannahte, fabrizirte G. einen neuen, über eine höhere Summe lautenden Wechsel, so wie einen Valutenschein, worin der falsche Girant dem Attin das Eigenthum dieses Wechsels abtrat. Hitze ließ sich auch richtig von Neuem hinter's Licht führen. Indeß der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht; G. starb, und Attin, der keine Uebung im Wechselfälschen hat, mußte die Verfallzeit herannahen lassen, ohne etwas gegen das ihn erwartende Schicksal, welches sich heute erfüllte, thun zu können. Da sein Geständniß allseitig für ausreichend erachtet wurde, so trat die Mitwirkung der Geschworenen nicht ein, und der Gerichtshof verurtheilte ihn unter Annahme mildernder Umstände, welche auch von der Staatsanwaltschaft beantragt war, zu acht Monaten Gefängniß.

♁ **Jauer,** 10. Jan. Im verwichenen Herbst bildete sich hier aus dem Turnverein heraus ein Feuerrettungsverein unter Leitung des Kaufmann Kiesewalter., welcher mit großer Umsicht, Liebe zur Sache und Ausdauer die Einübung der Mannschaften übernahm und diesem Amte noch heut vorsteht. Der Verein zählt jetzt über 100 Mitglieder, von denen 24 wohlausgerüstete Steiger sind. Heut war nun vor dem Chef im Beisein des Hrn. Bürgermeister Weise Parade und Exercitium in dem sogenannten Exerzirhause, welchelches der Magistrat dem qu. Verein, wie auch den Turnern eingeräumt und mit Gasbeleuchtung versehen lassen hat. Die Uebungen, welche die Steiger ausführten, wurden präcis und und gewandt gemacht und gaben Zeugniß von der umsichtigen Leitung und dem fleißigen Exercitium. Der Magistrat sorgt für die Beschaffung der nothwendigen Utensilien, von denen die wichtigsten, als Equipirung der Steiger, ein 3 Stockwerk hohes Steigergerüst, zwei Rettungskörbe und ein großer Rettungsschlauch bereits vorhanden sind. Auch eine große Schlauchspritze ist vor Kurzem angeschafft worden. Um nun diese Gegenstände sämmtlich gut conserviren zu können, wird es nöthig werden, ein neues Spritzenhaus zu bauen.

E. **Warmbrunn,** 10. Jan. [Die beabsichtigte Festlichkeit] zu Ehren des Kameral-Directors v. Berger fand gestern im Saale des Hotel de Prusse in der bereits angekündigten Weise statt und begann Nachmittags 2 Uhr. Nach dem ehrenvollen Empfange des Jubilars begab man sich zum

Diner und brachte Hr. Kameral-Director v. Berger zuerst einen Toast auf Se. Majestät den König aus. Ein Festgedicht wurde vertheilt und die Elger'sche Kapelle machte Tafelmusik. Nach einem von Herrn Apotheker Jonas auf Se. Excellenz den Grafen v. Schaffgotsch ausgebrachten Toast ergriff Herr Kaufmann Richter das Wort, um den verehrten Jubilar Hrn. v. Berger hochleben zu lassen, während Herr Maurermeister Wehner der Familie des Gefeierten, welche ebenfalls zu dieser Festlichkeit geladen war, einen Toast ausbrachte. Dem allen gegenüber fand sich der Jubilar veranlaßt, für die ihm gewordene Anerkennung zu danken. Er glaube gewissenhaft die Pflichten seines Berufes erfüllt zu haben, indem er stets bestrebt gewesen sei, als Mensch zu handeln u. s. w. und schloß mit einem nochmaligen Danke für die vielfach ihm dargebrachten Beweise der Liebe.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter
Breslau, 11. Jan. 10 U. Ab.	339,31	—4,8	S. 2.	Trübe.
12. Jan. 6 U. Mrg.	338,87	—10,0	SO. 1.	Heiter.

Vorträge und Vereine.

△ **Breslau,** 8. Jan. [Kaufmännischer Verein.] Vorsitzender Hr. Commissionsrath Dr. Cohn heißt die Versammlung im neuen Jahre willkommen, giebt einen kurzen Ueberblick einiger schwebenden, vom Verein in Angriff genommenen Arbeiten und schließt unter Hinweis auf das neuerdings in populärer Weise umgestaltete Reglement, betreffend den Giro-Verkehr der städtischen Bank, mit dem Ersuchen, die Vereins-Mitglieder mögen in weiteren Kreisen für möglichste Benutzung dieses Instituts wirken, indem der Giro-Verkehr jetzt vortheilhaft für das große Publikum zugänglicher geworden ist.

Hr. Gerichts-Assessor Milch hielt hierauf einen höchst belehrenden, praktisch wichtigen Vortrag über das erste Buch des allgemeinen deutschen Handelsgesetzes, welches „vom Handelsstand" spricht Das Fundament des geordneten Rechtsleben ist der in das Rechtssystem jedes civilisirten Volkes aufgenommene Grundsatz: es darf sich Niemand mit der Unkenntniß des Gesetzes entschuldigen. Daß derselbe denn doch so wenig bisher in das allgemeine Volksbewußtsein eingedrungen, liegt zum Theil in dem, das Mittelalter hindurch in Deutschland geltenden, in lateinischer Sprache geschriebenen und ursprünglich für andere Verhältnisse gegebenen, dem Volks-Charakter aber stets fremd gebliebenen Gesetzbuche, welches auf die Bildung eines das Recht zu seinem Berufe machenden besonderen Standes hinwirken mußte. — Friedrich der Große hat durch die Redaction des allgemeinen Landrechts dem Bedürfnisse seines Volkes nach einem allgemein verständlichen Gesetzbuche, zum Theil abzuhelfen gewußt, aber erst in der neuesten Codification des allgemeinen Handelsrechtes, sehen wir ein Werk erstanden, welches, kein Juristenrecht, nicht hervorgegangen aus spitzfindigen Sophismen und künstlichen Theorien, ein unmittelbares Erzeugniß des practischen Rechtes einer Fixirung der mit sicherem Blick gesichteten und geordneten, in practischer Uebung befindlichen Normen identisch ist. Der Redner geht nun Titel 1—6 des ersten Buches artikelweise durch und erläutert solche unter Anticipirung späterer Gesetzesstellen und Resumirung räumlich getrennter Bestimmungen, so wie Beibringung der in den Motiven zur Geltung gekommenen Rechtsanschauungen, Anführung von Beispielen bei schwierigen Stellen und eigener Kritik auf das anschaulichste und anregendste der Versammlung: wir müssen uns, indem wir das Handelsgesetzburch in den Händen jedes Kaufmanns voraussetzen, an dieser Stelle beschränken, Einiges aphoristisch hervorzuheben.

Eine Definition des Begriffes „Kaufmann" hat das allgemeine deutsche Handels-Gesetzbuch nicht gegeben, weil die weiteste Begriffsbestimmung für den Personenkreis, auf welche sie Anwendung finden sollte, zu eng gewesen wäre; dasselbe mußte sich daher darauf beschränken, im Titel I. 40 zu präcisiren, wer „im Sinne dieses Gesetzbuches als Kaufmann anzusehen ist." — Es wird also auch, wie Artikel 276 besonders hervorhebt, die Eigenschaft oder Giltigkeit eines Handelsgeschäftes dadurch nicht ausgeschlossen, daß einer Person wegen ihres Amtes oder Standes, oder aus gewerbepolizeilichen oder anderen ähnlichen Gründen Handel zu treiben, oder Handelsgeschäfte zu schließen, untersagt ist.

Zwei Momente, nämlich „der Betrieb von Handelsgeschäften" und „die Gewerbemäßigkeit" sind die Kriterien des Kaufmannes, im Sinne des Handels-Gesetzbuches. — Ersterer ist durch das 4. Buch eines Weiteren erläutert, letzterer Begriff entbehrt, weil man ihn hinreichend populär glaubte, seiner besonderen Feststellung. Dennoch wird es wohl oft schwierig sein, das Richtige zu treffen. Nach Meinung des Vortragenden ist derselbe davon bedingt, daß ein Geschäft als Mittel zum Erwerbe des ganzen oder theilweisen Unterhalts oder correcter als Mittel zum Vermögenserwerbe, gebraucht wird.

Bei Gelegenheit der „von den Handelsfrauen" handelnden Artikeln 6—9 wird historisch erwähnt, wie schon im 14. Jahrhundert eine Frau Zorlyne von Dieburg in Frankfurt a. M., als Geschäftsinhaberin eines großen Handlungshauses, mit Fürsten und Prälaten Staatsanleihen abschloß. Indeß hat das Handelsgesetzbuch die ritterliche Courtoisie, welche die alte Gesetzgebung dadurch dokumentirte, daß sie dem handeltreibenden schönen Geschlecht gewisse Vorbehalte machte oder gegen sie die Anwendung des Gesetzes in seiner Strenge, wie beispielsweise den Personalarrest, bedingungsweise suspendirte, vollständig aufgegeben. — Eine Handelsfrau, mag sie ledig oder verheirathet sein, in welchem letzteren Falle der stillschweigende Consens des Mannes genügt, ist eben „Kaufmann" mit dessen Rechten und Pflichten, und auch die nicht besonders behandelten, jedoch von nicht minder praktischer Wichtigkeit scheinenden Fragen, ob eine handeltreibende Frauensperson, wenn sie sich verheirathet, zum Fortbetrieb der Handlung berechtigt ist und für die vor Eingehung der Ehe gemachten Schulden haftet, müssen in obigem Sinne entschieden bejaht werden, indem erst die Zurückziehung des Consenses nach geschehener Publikation und den übrigen Formalitäten seitens ihres Ehemannes, gegen Dritte wirksam werden kann.

Bei Gelegenheit der Besprechung des zweiten Titels „von dem Handelsregister" halten wir es an der Stelle, mit dem Vortragenden, wiederholt auf die hohe Wichtigkeit hinzuweisen, welche die schleunige Eintragung, An- oder Abmeldung jeder geschäftlichen Veränderung beansprucht. Die für eine derartige Unterlassung ausgesetzte Ordnungsstrafe ist den Nachtheilen wohl nicht zu vergleichen, die eo ipso aus derselben folgen müssen. Wer das Erlöschen einer Procura, den Austritt eines Gesellschafters nicht zur Anmeldung bringt, wird jedem Dritten, in gutem Glauben befindlichen, aus den von diesen Personen unberechtigter Weise abgeschlossenen Geschäfte, verhaftet bleiben und Zahlungen wider sich gelten lassen müssen, welche an sie für ihn geleistet sind, wenn er auch nicht einen Pfennig davon erhalten hat. Wenn Jemand aus einem Gesellschaftsverhältniß austritt, so muß er, so lange nicht die Anzeige seines Austritts zur Protokollirung gekommen ist, dem Dritten gegenüber auch für die nach seinem Austritt entstandenen Handlungsschulden aufkommen, wenn er auch faktisch weder an dem Betriebe, noch an dem Nutzen der Handelsgesellschaft weiter theilgenommen hat und bereits Jahre seit seinem Ausscheiden verflossen sind.

Das Handelsgesetzbuch hebt die bisher bestandene freie Wahl der Firma auf und stellt das Princip als ersten Grundsatz auf, daß, so viel als möglich, Unwahrheiten aus den Firmen beseitigt werden. Diese gute Absicht wird durch den, seitens der Regierungsbehörden ausgesprochenen Grundsatz, daß Jedermann die Annahme eines beliebigen Vornamens gestattet sei, einigermaßen alterirt und wird auch durch die in Art. 22—24 ausgesprochene Erlaubniß, der Fortführung einer Firma seitens eines neuen, durch Kauf oder Erbschaft in den Besitz des Geschäftes gekommenen Inhabers, gewissermaßen illusorisch.

Der Vortrag, welcher sich zum Schluß noch zu den Titeln von den Handlungsbüchern, den Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten wandte und diese Theile ausführlich behandelte, genoß die ungetheilte Aufmerksamkeit der Versammlung, die dem Redner ihren Dank durch Erheben von den Sitzen aussprach.

Herr Assessor Milch stellte auf das Gesuch des Vorsitzenden, einen zweiten Vortrag, dessen Thema noch näher zu bestimmen wäre, zu halten, freundlichst in Aussicht.

× **Breslau,** 9. Jan. [General-Versammlung des Vereins für Stenographie nach Stolze am 7. Jan.] Der Vorsitzende (Herr Adam) meldet den Beginn eines neuen Lehr-Cursus für Kurzschrift in den nächsten Tagen, worüber die Inserate das Weitere bringen werden. Zum Ankauf wurden empfohlen 1) „Neue Lesestücke von Stolze" und 2) der „Stenographische Almanach pro 1864", beide mit stenogr. Schrift abgefaßt. Der „Almanach" (11. Jahrgang) empfiehlt sich durch interessante Skizzen vom Landtage in Hermannstadt von Pauly, (früheres Mitglied unseres Vereins), der als Kammerstenograph von Berlin zur wörtlichen Aufnahme der Verhandlungen jenes Landtages gesandt worden war. Er theilt nicht nur über diesen, sondern auch über Verfassung, Geographisches von Siebenbürgen ꝛc. Interessantes mit. Nächstdem bringt dieser Almanach, ähnlich den früheren Jahrgängen, ein vollständiges Verzeichniß der Mitglieder fast sämmtlicher Vereine für Stolze's Stenographie und vieler vereinzeltstehenden Stolzianer in ganz Deutschland und der Schweiz mit nahe an 3000 Adressen. Dies außer anderer Zugabe machen dies Büchlein (für 5 Sgr. käuflich) billig und empfehlenswerth. — Für die 6monatliche Kassenrevision wurde eine 12monatliche, im Juni, als am Schlusse unseres Vereinsjahres vorzunehmende beschlossen. Nach einigen anregenden Worten des Herrn Vater über die Betheiligung an dem Vergnügungskränzchen der breslauer Stenographen, welches gegen ein sehr billiges Entree viel Vergnügen gewährt und woran auch jeder andere Gebildete, ist er auch nicht Stenograph, theilnehmen kann, schloß die Sitzung.

? **Breslau,** 12. Jan. [Stiftungsfest des älteren Turnvereins.] Dasselbe wurde am vergangenen Sonnabend Abend in dem jetzt neu und geschmackvoll decorirten Saale des blauen Hirsches, Ohlauerstraßen- und Schuhbrücken-Ecke, durch ein Festessen feierlichst begangen. Von der Gallerie herab tönten die Klänge der Kuschel'schen Kapelle und würzten die Freuden des Mahles, zu welchem sich gegen 90 Mitglieder und Gäste eingefunden hatten. Der zeitige Vorsitzende Hr. Professor Dr. Haase eröffnete die Reihe der Toaste mit einem Rückblick des vollendeten Lustrums. Der Verein hat sich glücklich entwickelt, er hat Fortschritte gemacht. Wünschen wir von dem neuen Lustrum, in welches der Verein jetzt tritt, daß der Verein sich weit hinaus verbreite über unsere Landsleute, mit Ernst und gutem Willen werden große Erfolge erzielt werden. Zum Schlusse der gediegenen Rede ließ Professor Haase den Verein hoch leben. Die nächste Rede war die des früheren Vorsitzenden Hrn. Prof. Dr. Röpell. Er erinnerte an das schöne Arndt'sche Lied: „Sind wir vereint zur guten Stunde", wies nach, wie dies Lied dem großen deutschen Vaterlande geweiht sei, es schildert den Grundgedanken, welcher den Deutschen erfüllen soll: Gottesfurcht, Vaterlandsliebe, Tüchtigkeit. Vaterlandliebe sei die erste der Tugenden der deutschen Nation. Der Redner ging nun in seiner zündenden Rede auf Schleswig-Holstein über, er zeigte, wie dieser Bruderstamm, welcher jetzt in Noth stehe, deutsche Treue bewahrt habe. Das dreifache Hoch galt deutscher Treue und Liebe, daß sie nicht zu Schanden mache die Hoffnungen des Bruderstammes. Mit wahrer Begeisterung wurde die Rede aufgenommen; eine Sammlung für Schleswig-Holstein brachte 12 Thlr. ein. Der Turnwart, Hauptturnlehrer Rödelius, machte Notizen über seinen Aufenthalt in Berlin bei dem dortigen Turnvereine. Bei der Tafel wurde ein Festlied von einem Mitgliede gesungen, welches lebhaften Anklang fand. Nicht minder die Toaste auf Herrn Prof. Dr. Haase, Prof. Dr. Röpell, Turnwart Hauptturnlehrer Rödelius. — Das Quartett des Vereins trug in den Pausen 1) die schöne Mendelssohnsche Composition „O Thäler weit, o Höhen" von Eichendorf, 2) den Chor „im Walde" von Otto, 3) „das deutsche Vaterland"; von Solopiecen 4) das Rheinlied mit Chor von Apt, 5) das Pfäfflein, 6) der wahre Künstler von unserem Schnabel, und ein Quodlibet aus „der Gesellenfahrt" mit Deklamation von Otto. Wir freuten uns über die Fortschritte, welche das Quartett unter der tüchtigen Leitung seines Führers gemacht hat. Zum Schusse des Festes wurde eine Polonaise getanzt, naturlich nur unter Herren, (da Damen vom Feste ausgeschlossen waren,) wobei verschiedene Frei- und Reigenübungen gemacht wurden.

M. **Breslau,** 10 Jan. [Augusten-Hospital für kranke Kinder armer Eltern.] Herr Stadtrath Pulvermacher eröffnete die General-Versammlung mit dem Kassenberichte. Die Einnahmen betragen in Summa 1874 Thlr. 20 Sgr. Die Ausgaben in Summa 1868 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf., so daß ein Bestand von 6 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf. bleibt. Der Vermögensstand ist von 8785 auf 9570 Thlr., also um ca. 800 Thlr. gestiegen. Die Rechnung wurde in allen Theilen richtig befunden und das Vermögen vorgelegt, worauf dem Herrn Stadtrath Pulvermacher, der zugleich die Kasse verwaltet, die Decharge ertheilt wurde. Mit Dank wurde erwähnt, daß Herr Commercienrath Kulmiz der Anstalt im Jahre 1863 = 43 Tonnen Kohlen geschenkt hat. — Der Anstaltsarzt Dr. v. Jarotzky erstattete den Krankenbericht. Es wurden ärztlich behandelt 100 Kinder in der Anstalt und 661 ambulatorisch. Von ersteren starben 15, von letzteren 56; es wurden geheilt entlassen 58 und bezüglich 497, gebessert 13 und 58, die übrigen blieben in Behandlung. Von den ambulatorischen Kranken kamen 50 Kinder in die stabile Anstalt. Am häufigsten kamen Krankheiten der Verdauungsorgane vor, nämlich 233, Athmungs-Organ-Krankheit 69, Rhachitis 48, Masern 35, Syphilis 20 ꝛc. Seit Bestehen der Anstalt wurden 2906 im Hospital und 4244 in der Poliklinik, im Ganzen 7150 Kinder ärztlich behandelt. Die Anstalt hat im Jahre 1863 = 5131 Tages-Portionen gehabt und es kommen auf jeden Kranken etwa 51½ Tag, da die meisten Kranken chronische Leiden haben. Nachdem der Vorsitzende dem Anstaltsarzte für sein treues Wirken und Hr. Dr. Karuth dem Hrn. Vorsitzenden für sein Walten zum Wohle der Anstalt gedankt, wurde die Sitzung geschlossen.

α **Schweidnitz,** 10. Januar. [Gewerbeverein.] In der am vorigen Dinstag stattgehabten Gewerbevereins-Sitzung sprach Herr Brauermeister Häusler jun. „über das Bier und seine Darstellung". Sein Vortrag lieferte trotz aller Kürze und Gedrängtheit doch ein völlig klares Bild dieses Industriezweiges. Hierauf berichtete Herr Gewerbeschullehrer Hoffmann über einige chemisch-technische Neuigkeiten, die für die Zukunft vielleicht Bedeutung erlangen dürften.

c. [Technisches.] Herr Spinnerei-Director H. Minssen in Breslau berichtet in einer Abhandlung im „Polyt. Journ." CLXVIII. 5. XIII. über „englische Versuche, Baumwolle durch Dampf zum Spinnen zu präpariren." Seit der Absperrung des nordamerikanischen Continents für den Baumwollenexport hat man sich, freilich etwas spät, in England vielfach bemüht, andere Länder zu Hauptbezugsquellen dieses unentbehrlichen Rohmaterials zu machen, doch ist es bis jetzt noch nicht gelungen, den Ausfall der amerikanischen Production zu ersetzen, weder was Quantität noch Qualität anbelangt. Der Transport der meist aus Ostindien bezogenen Surrogate ist in großen Volumen zu theuer, die Baumwolle ist daher in Ballen gepreßt und muß präparirt werden. — Dasselbe Heft enthält noch einen Bericht über Fortschritte der Spinnerei und Weberei im Departement des Oberrheins während der Jahre 1851—1861 und die Beschreibung eines verbesserten Webestuhles von Hermite in Nancy.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 11. Januar, Nachm. 3 Uhr. Der Verkehr auf heutiger Börse stockte. Die Rente eröffnete ziemlich flau zu 66, 90, hob sich auf 66, 95, machte dann 66, 85 und schloß unbelebt, jedoch in ziemlich fester Haltung zur Notiz. Auch Staatsbahn sehr fest. In den übrigen Werthpapieren war das Geschäft leblos. Consols von Mittags 12 Uhr waren 91¼ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 66, 80. Italien. 5proz. Rente 69, 40. Ital. neueste Anleihe —. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier 46½. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 400, —. Credit-Mobilier-Aktien 1030, —. Lomb. Eisenb-Aktien 522, 50.

London, 11. Jan, Nachm. 3 Uhr. Türk. Consols 46⅞. Consols 91. 1proz. Spanier 46¼. Mexikaner 36⅛. 5proz. Russen 92. Neue Russen 88½. Sardinier 85.

Wien, 11. Jan., Nachmitt. 12½ Uhr. Wenig Geschäft. 5prozentige Metalliques 72, 70. 4½proz. Metalliques 64, 25. 1854er Loose 90, 25. Bank-Aktien 791, —. Nordbahn 167, 60. National-Anlehen 80, —. Credit-Aktien 179, 90. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 189, —. London 119, 80. Hamburg 90, 50. Paris 47, 40. Gold —. Böhmische Westbahn 154, 25. Neue Loose 137, 80. 1860er Loose 92, 90. Lomb. Eisenbahn 247, —.

Frankfurt a. M., 11. Jan., Nachm. 2½ Uhr. Ziemlich feste Haltung bei belebtem Umsatz. Böhmische Westbahn —. Finnländ. Anleihe 84⅞. Schluß-Course: Ludwigsh-Berbach 137¾. Wiener Wechsel 96¾. Darmst. Bank-Aktien 209. Darmst. Zettel-Bank 249½. 5proz. Metalliques 58. 4½proz. Metall. 51⅜. 1854er Loose 73¼. Oesterr. National-Anl. 64½. Oesterr.-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 184. Oesterr. Bankantheile 770. Oesterreich. Credit-Aktien 174⅛. Oesterr. Elisabetbahn 112½. Rhein-Nahe-Bahn 24⅝. Hess. Ludwigsbahn 122. Neueste österr. Anleihe 77⅜.

Hamburg, 11. Jan., Nachm. 2½ Uhr. Wenig Geschäft, Umsatz fast nur in österr. 1860er Loosen. Geld sehr reichlich. Wetter kalt, doch schön. Barometer steigend. Schluß-Course: National-Anleihe 66. Oesterreich. Credit-Aktien 74¼. Vereinsbank 103¾. Norddeutsche Bank 102. Rheinische 93½. Nordbahn 55. Finnländ. Anleihe 84½. Disconto 4.

Hamburg, 11. Jan. [Getreidemarkt] ruhig, unverändert. Loco-Weizen, Lieferung bei offener Schifffahrt, fest. Oel matt, Mai 24⅝, Okt. 24¾. Kaffee, Stimmung bleibt günstig, verkauft loco 1500 Sack Maracaibo, 1000 Sack Santos, 500 Sack Domingo, 1000 diverse. Zink verkauft 500 Ctr. loco 12⅝, schwimmend 1000 Ctr. 12 7/16, 1000 Ctr. 12 5/16, 2000 Ctr. 12⅜, 5000 Ctr. Frühjahr 12⅜.

Liverpool, 11. Jan. [Baumwolle.] 6,000 Ballen Umsatz. Preise gegen vergangenen Sonnabend unverändert.

London, 11. Januar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Getreide ruhig; Hafer einen halben Schilling billiger. — Wetter trübe.

Amsterdam, 11. Januar. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert, stille. Roggen, Termine 2 Fl. niedriger, sonst unverändert, stille. Raps, April 70. Oktober 70. Rüböl Mai 39⅝, Herbst 40.

Berlin, 11. Januar. Die Chancen, die für eine Conferenz in der dänisch-deutschen Frage in den letzten Tagen gewonnen zu sein scheinen, werden von der Börse durch eine festere Haltung acceptirt. Ein lebhafteres Geschäft als in der vorigen Woche wollte sich jedoch nur in österreichischen Effecten entwickeln In Eisenbahnaktien sind zwar Käufer am Markt, das Geschäft macht sich aber trotz willigen Entgegenkommens der Bieter schwierig, da die Forderungen noch in großer Distanz von den gebotenen Coursen blieben. Dennoch fehlte es wenigstens in den leichten Devisen, für die Abgeber allerdings weniger zurückhielten, nicht an Geschäft. Endlich war der Kapitalmarkt recht belebt, vornämlich bringt jeder Börsentag für preuß. Staatspapiere Aufträge an den Markt. Der Geldmarkt ist fest, Disconto 4 Proz.
(B.- u. H.-Ztg.)

Berliner Börse vom 11. Januar 1864.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anl.	4½	100 bz.
Staats-Anl. von 1859	5	104¾ bz.
dito 1850. 52	4	94½ bz.
dito 1854	4½	100 bz
dito 1855	4½	100 bz.
dito 1856	4½	100 bz.
dito 1857	4½	100 bz.
dito 1859	4½	100 bz.
dito 1853	4	94¾ G.
Staats-Schuldscheine	3½	88 bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	120 b.
Berliner Stadt-Obl.	4½	101 G
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	88½ bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	87¾ bz
Pfandbriefe. Posensche	4	102¼ B.
Pfandbriefe. dito	3½	— — —
Pfandbriefe. dito neue	4	93½ bz
Pfandbriefe. Schlesische	3½	92 G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	96⅝ bz.
Rentenbriefe. Pommersche	4	96½ bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	94 G.
Rentenbriefe. Preussische	4	96½ bz
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein.	4	97¼ bz.
Rentenbriefe. Sächsische	4	97½ B.
Rentenbriefe. Schlesische	4	98 B.
Louisd'or 110½ bz. G.		Oest. Bankn. 81⅛ b. B
Goldkronen 9. 6 G		Poln. Bankn. 85⅞ G.

Ausländische Fonds.

	Zf.	
Oesterr. Metalliques	5	60½ B
dito Nat.-Anl.	5	66¼ bz.
dito Lott.-A. v. 60	5	77⅛ à ½ bz
dito 54er Pr.-A.	4	74 G.
dito Eisenb.-L.		76 bz u G.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	87 bz u G.
dito 4½% Anl.	4½	— — —
dito Poln. Sch.-Ob.	4	71 bz u. G.
Poln. Pfandbr.	4	— — —
dito III. Em.	4	80 bz
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	86½ etw bz.
dito à 300 Fl.	5	90 B.
dito à 200 Fl.	—	— —
Kurhess. 40 Thlr.	—	53¼ G.
Baden. 35 Fl. Loose.	—	30¼ G

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	
Berg.-Märkische	4½	— —
dito II.	4½	93 G.
dito IV.	4½	— — —
dito III. v. St. 3½ g.	3½	79½ G.
Cöln-Minden	4½	101 B.
dito II.	5	103¼ G.
dito	4	94¼ G.
dito III.	4	90 bz.
dito	4½	98¾ bz
dito IV.	4	89¾ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	88¾ B
dito III.	4½	97½ B.
Niederschl. Märk.	4	95½ G.
dito conv.	4	95½ G.
dito III.	4	94 G.
dito IV.	4½	100¼ B
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	100½ bz.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	84¼ G
dito C. u. D.	4	93½ bz.
dito E.	3½	81 bz.
dito F.	4½	91¼ bz.
Oest. Franz.	3	248 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	252 B.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein.-Nahe-B. gar.	4½	93 B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	3½	3½	92 G.
Aachen-Mastrich	—		4	28 G.
Amsterd.-Rottd.	5 1/8	6	4	102½ bz.
Berg.-Märkische	6½	6½	4	105½ bz.
Berlin-Anhalt	8¼	8½	4	149 G
Berlin-Hamburg	6	6¼	4	120 bz.
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	179½ bz.
Berlin-Stettin	7 1/12	7 1/12	4	127½ bz. (i.D.)
Böhm. Westb.		—	5	64¾ bz
Breslau-Freib.	6⅞	8	4	125 bz.
Cöln-Minden	12¼	12⅝	3½	168 G.
Cosel-Oderberg.	—	½	4	50 bz
dito St.-Prior.	—		4½	— — —
dito dito	-	—	5	— — —
Ludwgsh.-Bexb.	8	9	4	136 G
Magd.-Halberst.	22½	25½	4	277 bz.
Magd.-Leipzig	17	17	4	— — —
Magd.-Wittenbg.	1⅜	1 1/4	4	68 bz.
Mainz-Ludwgsh.	7	7½	4	120 bz. u. G.
Mecklenburger	2⅞	2⅛	4	60¾ à 61¼ bz u G.
Neisse-Brieger	3½	4⅜	4	81¼ G.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	94¾ bz.
Niedrschl. Zwgb.	1½	2 11/12	4	60 B
Nord., Fr.-Wilh.	3	3½	4	55¾ à 56 bz.
Oberschles. A.	7 1/15	10 1/15	3½	145½ bz
dito B.	7 1/15	10 1/15	3½	133½ B.
dito C.	7 1/15	10 1/15	3½	145½ bz.
Oestr. Fr. St.-B.	6 7/10	—	5	105 bz.
Oestr. südl. St.-B.	[illegible]		5	137½ bz.
Oppeln-Tarn.	⅛	2⅛	4	55¾ bz.
Rheinische	5	6	4	94⅝ à ⅞ bz.
dito Stamm-Pr.	5	6	4	103½ G.
Rhein-Nahebahn	—	—	4	24¾ bz.
Rhr. Crf. K. Gldb.	3 1/12	4½	3½	94½ G.
Stargard-Posen	4	6	3½	98½ bz. (i.D.)
Thüringer	6⅜	7⅜	4	119½ bz.

Bank und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	5 1/15	5 1/15	4	114 B
Braunschw. B.	4	4	4	64 Klgkt bz u. G.
Bremer Bank	5⅕	4	4	102⅜ G.
Danziger Bank	6	6	4	96¼ G.
Darmst. Zettelb.	8⅕	9	4	99½ G. (i D.)
Geraer Bank	5¾	7¼	4	91½ bz.
Gothaer „	4½	5⅜	4	89 bz
Hannoversche B.	4½	5	4	96 G
Hamb. Nordd. B.	5	6	4	100½ G.
„ Vereins-B.	5 1/16	6 1/64	4	101½ G.
Königsberger B.	5⅕	5½	4	93½ G.
Luxemburger B.	10	10	4	100 B.
Magdeburger B.	3 1/10	4 1/5	4	90 etw. bz.
Posener Bank	5 1/15	5 1/15	4	92 bz
Preuss. Bank-A.	4 7/10	6 1/15	4½	121 G
Thüringer Bank	2⅜	3	4	68¼ G.
Weimar „	4	5	4	86 G.
Berl. Hand.-Ges.	5	9	4	102½ G.
Coburg. Credb. A.	3	8	4	89½ G.
Darmstädter „	5	6½	4	83 bz
Dessauer „		—	4	7 mehr bz
Disc.-Com.-Ant.	6	7½	4	93¾ bz. u. G
Genfer Credb. A.	2	3⅝	4	47½ bz. (i.D.)
Leipziger „	3	3	4	70½ etw. b. B (i.D.
Meininger „	5	7	4	90 bz.
Moldauer Lds.-B.	—	2 1/10	4	31 etw. b u. G.
Oesterr. Credb. A.	7¾	8½	5	74¾ à 75¼ b (i D.)
Schl. Bank-Ver.	6	6	4	100 etw bz. u. G.
Minerva	—	—	4	24 G.
Fbr. v. Eisenbbdf.	—	—	4	95 bz.

Berlin, 11. Jan. Weizen loco 50—58 Thlr. nach Qualität, exquisit weißer poln. 57½ Thlr. bez. — Roggen loco exquisit neuer 36¾—37 Thlr. ab Bahn bez., neuer 36⅜—½ Thlr. ab Bahn bez., Jan. und Jan.-Febr. 35½ Thlr. bez. und Br., ⅜ Thlr. Gld., Frühjahr 36⅛—36 Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 36¾ Thlr. bez., Juni-Juli 38—37¾ Thlr. bez. und Gld., Juli allein 38⅝ Thlr. bez. — Gerste, große und kleine 30—34 Thlr. pro 1750 Pfd. — Hafer loco 22—23 Thlr., feiner pomm. 22¾ Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Jan. und Jan.-Febr. 22 Thlr., Frühjahr 23⅛ Thlr. bez., Mai-Juni 23⅜ Thlr. bez., Juni-Juli 23¾ Thlr. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 37—48 Thlr., Futterwaare 37¾ Thlr. ab Bahn bez. — Rüböl loco flüssiges 11 5/12—⅓ Thlr., gefrorenes 11¼ Thlr., Jan. 11 5/24—⅙ Thlr. bez., Br. und Gld., Jan.-Febr. 11¼ Thlr. Br., ⅙ Thlr. Gld., Febr.-März dito, April-Mai 11 7/24—¼ Thlr. bez. Br. und Gld., Mai-Juni 11 5/12—⅓ Thlr. bez. und Gld., ⅜ Thlr. Br., Sept.-Oktbr. 11 7/12—13/24 Thlr. bez. — Leinöl loco 13⅔ Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 14⅓—7/24 Thlr. bez., Jan. und Jan.-Febr. 14⅜—⅓ Thlr. bez., Br. und Gld., Febr.-März 14 5/12 Thlr. bez., Br. und Gld., April-Mai 14⅞—19/24 Thlr. bez. und Gld., ⅚ Thlr. Br., Mai-Juni 15⅛—1/24 Thlr. bez. und Gld., 1/12 Thlr. Br., Juni-Juli 15½ Thlr. Br., 5/12 Thlr. Gld., Juli-August 15 19/24 Thlr. bez., ⅚ Thlr. Br.

Weizen unverändert. Roggen für den Versandt und Consum in loco gut gefragt und bei hinreichendem Angebot vielfach umgesetzt zu gut behaupteten Preisen. Termine waren deswegen wenig beachtet und in gedrückter Haltung, da die ausw. Berichte sämmtlich flau lauten. Die Preise mußten deswegen um Etwas ermäßigt. Hafer loco und Termine fest. Rüböl war heute etwas matter und Verkäufer mußten sich den billigeren Geboten fügen; trotzdem blieb das Geschäft nur sehr klein. Gek. 600 Ctr. Spiritus folgte den übrigen Artikeln und zeigte auch matte Stimmung und gedrückte Preise bei mäßigem Handel.

\# **Breslau,** 12. Jan. Wind: Ost. Wetter: schön. Thermometer Früh 9° Kälte. Bei mittelmäßigen Angeboten war der Geschäftsverkehr nicht belebter, Preise ohne Aenderung.

Weizen schwach beachtet, pr. 84 Pfd. weißer 52—67 Sgr., gelber 52—59 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen ruhiger, pr. 84 Pfd. 39—42 Sgr., feinster vereinzelt über Notiz bez. — Gerste schwer verkäuflich, pr. 70 Pfd. weiße 35—37 Sgr., gewöhnliche 30—34 Sgr. — Hafer still, pr. 50 Pfd. 27—29 Sgr. — Erbsen wenig beachtet. — Wicken schwach beachtet. — Schlesische Bohnen still. — Schlaglein vernachlässigt. — Oelsaaten eher ruhiger. — Rapskuchen wenig gefragt, 48—52 Sgr. pr. Ctr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	53—62—67	Wicken	45—47—50
Gelber Weizen	52—56—60		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	39—41—43	Schlag-Leinsaat	150—165—185
Gerste	30—33—37	Winter-Raps	180—190—200
Hafer	26—28—30	Winter-Rübsen	170—180—190
Erbsen	44—48—52	Sommer-Rübsen	145—155—165

Kleesaat war mehr angeboten, — rothe ordinäre 10—11 Thlr., mittle 11¼—12⅓ Thlr., feine 13 Thlr., hochfeine bis 14 Thlr., weiße ordinäre 10—12⅔ Thlr., mittle 13¾—15¾ Thlr., feine 16¾—17¾ Thlr., hochfeine 18—19 Thlr. pr. Ctr.

Thymothee fehlt, 6—8 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 26—36 Sgr., Metze 1¼—1¾ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 10¾ Thlr., Januar 10¾ Thlr., Frühjahr 10¾ Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 13⅚ Thlr., Januar 13⅚ Thlr., pr. Frühjahr 14⅓ Thlr.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 11. Januar (Nachts.) Aus Südschleswig wird gemeldet, das Eis sei an den meisten Stellen der Schlei so dünn, daß der Uebergang größerer Truppenmassen unmöglich erscheint.

[Angek. 10 Uhr Vorm.] (Wolff's T. B.)

London, 11. Januar. Hambro und Sohn werden hier eine 5prozentige dänische Anleihe im Betrage von 1,200,000 Pfund auflegen. Emissionspreis 93.

[Angek. 10 Uhr Vorm.] (Wolff's T. B.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau